

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1948

33 (25.8.1948)

Badisches VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 3 Nr. 33

Mannheim, 25. August 1948

Preis 15 Pfg.

Die Schuldigen sind bekannt

Das Tarnungsmanöver der Frankfurter Bürokratie durchschaut / Gewerkschaften auf dem richtigen Weg

Die Bewegung gegen die hohen Preise hält in allen Teilen Westdeutschlands an. Überall sind weitere Protestkundgebungen der Gewerkschaften und der Hausfrauen. Es ist unverkennbar, daß sich dabei eine weit klarere Erkenntnis durchzusetzen beginnt, als sie den ersten spontanen Aktionen gegen die Ungerechtigkeit der Preispolitik des Frankfurter Wirtschaftsrats zugrunde lag. Demonstrationen nur gegen die Kleinhändler, gegen die Bauern, wirkungslose Käuferstreiks hätten weiter das Wohlwollen der Verantwortlichen in Frankfurt genossen.

Mittlerweile ist in Frankfurt durch eine Minderheit das sogenannte Gesetz gegen den Preiswucher beschlossen worden. Man wird nicht viel Glück haben, damit denen, die durch die Preispolitik ausgeplündert werden, Sand in die Augen streuen zu können. Dafür ist inzwischen viel zu sehr ins Bewußtsein der breiten Massen gedrungen, daß es sich bei dem Problem nicht nur um Wucher, um Einzelfälle, nicht nur um Obst und Gemüse handelt, sondern um alle Artikel, die zum Verkauf stehen. Die hohe Preislage ist durch die Maßnahmen des Frankfurter Wirtschaftsrates bedingt. Dr. Erhard und alle Frankfurter Marshallplanpolitiker können von ihrer Schuld an den katastrophalen Zuständen nicht ablenken, auch nicht mit einem wirkungslosen Gesetz gegen den Preiswucher.

Der Mißtrauensantrag gegen Dr. Erhard hat im Frankfurter Wirtschaftsrat keine Mehrheit gefunden. Der Verantwortliche für die allgemeine Erscheinung des Preiswuchers dirigiert weiter. Die reaktionäre CDU- und LDP-Mehrheit des Frankfurter Wirtschaftsrates gibt ihm die Möglichkeit dazu. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Frankfurter Wirtschaftsrates standen gegen Dr. Erhard. Eine richtige Erkenntnis, wenn sie ehrlich gemeint ist, kommt nie zu spät. Was die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten durch ihre Zustimmung zu

Lastenausgleich auch für die Junker?

„Als interessierte Anwärter sehen wir das Heer der Enterbten wartend stehen: Die bombengeschädigten Wohnungs- u. Hauseigentümer, die politisch Geschädigten des Dritten Reiches, die vertriebenen Auslandsdeutschen, die Ostflüchtlinge von jenseits der Oder-Neiße-Linie. Sie alle glauben Aussicht auf Entschädigung aus dem großen Lastenausgleichstopf zu haben. Wie steht es aber mit dem Personenkreis, der in der russischen Zone auf Grund der neu geschaffenen Gesetzesparagrafen entschädigungslos aus seinem Besitz verdrängt wurde? Soll auch er teilnehmen? Es wäre gerecht. Denn ob durch blindes Walten des Kriegsgeschicks oder ob durch erzwungenes Gesetz enteignet, der Erfolg ist derselbe.“ „Kölnische Rundschau“ vom 10. 8. 1948.

Kurzecho / Wegen Papierknappheit

Keine Eintagspolitik

„Sie treiben keine Eintagspolitik, sondern sie halten sich nach wie vor an die Abkommen von Jalta und Potsdam, die in Ihren Augen immer noch gültig sind und auf deren Grundlage sie hoffen, das deutsche Problem zur allgemeinen Zufriedenheit lösen zu können.“ Dies erklärte der italienische sozialistische Parteiführer Pietro Nenni nach seiner Rückkehr aus Moskau über die verantwortlichen Männer und die Bevölkerung der UdSSR. (Rdfk.)

Auch Eisenhower?

General Eisenhower hatte vor kurzem die Unvorsichtigkeit begangen, vor der Beunruhigung der Bevölkerung durch die in USA ausgebrochene Spionagemysterie zu warnen. Prompt wurde er, sogar über den Rundfunk, durch einen „Hundertprozentigen“ aufgefordert, seine abfälligen Bemerkungen zu unterlassen, widrigenfalls er vor den „berühmten Ausschuss zur Untersuchung der amerikanischen Tätigkeit“ komme.

dem Ermächtigungsgesetz Dr. Erhards, was sie selbst durch die Einwilligung für Preiserhöhungen im April dieses Jahres verursacht haben, kann allerdings damit nicht ungeschehen gemacht werden. Für das, was wir gegenwärtig haben, liegt die Mitverantwortung klar. Sie ist auch darin gegeben, daß es nicht genügt, gegen Auswüchse und zwangsläufige Resultate einer Politik zu zernern, die in der Bejahung des Marshallplanes ihren Ausgangspunkt hat.

Die Protestwelle gegen die Teuerung hält an. Dr. Erhard, die reaktionäre Clique des Frankfurter Wirtschaftsrates hat den Kampf noch nicht alle Tage bestanden. In den gewerkschaftlichen Lösungen kommt mehr und mehr die klare Zielrichtung des Kampfes der Massen zum Ausdruck. Die

Sie stimmten für die Preiserhöhungen

Dies sind die Namen der Mitglieder des Länderrates des Bizonen-Wirtschaftsrates, die am 21. Juni geschlossen Dr. Erhard ermächtigten, die Preise nach Belieben zu erhöhen:

- aus Bayern: Ministerpräsident Dr. Ehard (CSU), Wirtschaftsminister Dr. Seidel (CSU),
- aus Bremen: Senatspräsident Kaisen (SPD), Senator Harmsen (BDV),
- aus Hamburg: Bürgermeister Brauer (SPD), Senatsrat Dr. Hansen (SPD),
- aus Hessen: Ministerpräsident Stock (SPD), Finanzminister Dr. Hilpert (CDU),
- aus Niedersachsen: Ministerpräsident Kopf (SPD), Finanzminister Dr. Strickrodt (CDU),
- aus Nordrhein-Westfalen: Ministerpräsident Dr. Arnold (CDU), Minister Dr. Spiecker (Zentrum),
- aus Schleswig-Holstein: Ministerpräsident Lademann (SPD), Justizminister Dr. Katz (SPD),
- aus Württemberg-Baden: Ministerpräsident Dr. Maier (DVP), Wirtschaftsminister Dr. Veit (SPD).

Acht von den 16 Herren nennen sich Sozialdemokraten und stimmten den Preiserhöhungen zu, obwohl ihre Fraktion sie im Wirtschaftsrat ablehnte. Bei ihnen kann sich das werktätige Volk für die unerschwinglichen Preise bedanken.

„Abzug der Besatzungsmächte“

Aus Paris meldet die „New York Herald Tribune“ am 18. August, die Westmächte hätten sich bereiterklärt, „unter bestimmten spezifischen Bedingungen“ die Möglichkeit der Räumung Deutschlands binnen einem Jahr nach Abschluß des Friedensvertrages zu erwägen. Der Berichterstatter bezeichnet dies als „Konzession an die sowjetischen Gedankengänge“, da die UdSSR konsequent auf der Wiederherstellung der Selbständigkeit Deutschlands besteht, wie dies im Potsdamer Abkommen festgelegt wurde. Als Bedingung aber, so schreibt das Blatt, verlangen die Westmächte 1. „eine lose, föderative Form“ für die deutsche Regierung, und 2. sollten „nach Beendigung der Besetzung alliierte Truppen in zwei strategischen Gebieten, wie z. B. dem Ruhrgebiet, verbleiben“.

Wir sind begierig, zu erfahren, was die deutschen Westpolitiker dazu sagen. „Deutschland“ soll geräumt werden, aber das westdeutsche Ruhrgebiet soll gleichzeitig besetzt bleiben. Was hätten wohl die Herren Schumacher, Adenauer u. Co. für ein Gebrüll erhoben, wenn sich irgend jemand auf den Standpunkt stellen würde, Deutschland solle geräumt werden, aber in Sachsen oder Brandenburg sollten sowjetische Truppen stehen bleiben?

Wir Deutschen bestehen weiterhin auf der von allen Großmächten unterschriebenen Versicherung des Potsdamer Abkommens, daß ganz Deutschland unter eine einheitliche Regierung kommt und wieder selbständig wird. D. h. aber, daß ganz Deutschland, wie es im Potsdamer Abkommen bestimmt ist (d. h. einschließlich Saargebiet und Ruhrgebiet) von Besatzungstruppen zu räumen ist!

in Palästina und Wilhelm der Eroberer in England waren.

Es gibt nichts, was alle oder irgend einen von uns davon abhalten könnte, sich aus Berlin zurückzuziehen, wenn solch eine Uebereinkunft ratsam erscheinen sollte. Solche Rückzüge können nur als Niederlagen bezeichnet werden, wenn sie im Kampf erzwungen, nicht aber, wenn sie auf Grund von Verhandlungen durchgeführt werden.“

Hier ist Deutschland

„Packt euch weg von hier, zur Hölle. Hier ist Deutschland und nicht die USA!“, so rief die erregte Menge einem amerikanischen Korporal zu, als sie seinen Jeep umstürzte, mit dem er durch die 20 000 Demonstranten, die sich unter Führung der Gewerkschaften auf dem Römerberg in Frankfurt versammelt hatten, hindurchfahren wollte. Die „New York Herald Tribune“ die hierüber am 12. 8. berichtet, fügt hinzu, daß dies der erste bekanntgewordene öffentliche Angriff einer Gruppe von Deutschen gegen ein Mitglied der amerikanischen Besatzungsmacht sei.

Freiwirtschaftliches Faustrecht

Prof. Erhard:
„Geld ist der beste Bezugschein.“



Es mag die dünne Lohntüt' fluchen, rasen, wettern, Daß täglich höher alle Preise klettern; Die dicke Brieftasch' bibbert vor Vergnügen: Jetzt kann sie wieder alles kriegen!

Gelüftete Schleier

Von Willy Grimm

Die Moskauer Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den Beauftragten der westlichen Alliierten hatten durch den Empfang bei Stalin einen neuen Höhepunkt. Die dieser Begegnung gewidmeten Kommentare haben in den Hauptstädten des Westens Zuversicht ausgelöst, daß es doch möglich sein werde, bei den weitergehenden Verhandlungen die Grundlage für Viermächtebesprechungen über Deutschland zu erarbeiten. Das eiserne Stillschweigen der Moskauer Verhandlungen ist immer noch nicht durchbrochen. Man soll klar sehen: alles, was gesagt oder geschrieben wird, ist Mutmaßung mit mehr oder weniger Wahrscheinlichkeit. Die Verhandlungen dauern lang und sie gestatten jenen, die orakeln wollen, trotzdem sie nichts wissen können, die ganze Skala von schwärzestem Pessimismus bis zum rosigsten Optimismus zu durchlaufen. Vielleicht haben sie später einmal die Genugtuung, bei ihrem vielseitigen Rätselraten einen richtigen Punkt erwähnt zu haben.

Ueber den Gegenstand der Moskauer Verhandlungen dürfte es keinen Zweifel geben. Das der Welt vor demonstrierte Kräftemessen findet sein Abwägen. Ganz gleich, wie der Ausgang der Moskauer Verhandlungen sein wird, positiv oder negativ, sie werden ein Stück den Schleier lüften und uns zeigen, was Abtasten und was gewöhnlicher Bluff im politischen Geschehen unserer jüngsten Vergangenheit und Gegenwart war.

Daß die „Schlacht um Berlin“, die Politik der Separatstaatsbildung im Westen Deutschlands mit ihren deutlichen Gefahren Ausgangspunkt und Gegenstand der Verhandlungen ist, kann man sich an den Fingern abklimpern. Die für die Ziele der Besatzungsmächte als Hilfstruppen mobilisierten Deutschen waren und sind die fraglichste Karte im internationalen Mächtenspiel. Eines steht fest: unabhängig, wie das Ergebnis der Moskauer Verhandlungen ausfallen, ob eine fest umrissene Plattform für Viermächteverhandlungen gefunden wird, gleichgültig dabei, wie die Bedingungen für den Osten und Westen sein werden, scheint unbestreitbar: Berlin ist in der Strategie zur Durchsetzung der Londoner Empfehlungen bei dem Ausder-Taufe-heben des separaten Weststaates der schwächste Punkt. Berlin gab der Sowjetunion — trotz der berühmten Luftbrücke — das Mittel, zwingend die Frage des ganzen Deutschlands, seines Friedensvertrages und der Ueberprüfung des Verhältnisses der westlichen Alliierten zur Sowjetunion zu stellen. Um die Männer der „starken Hand“, wie etwa General Clay, ist es stiller geworden. Ihre Aktien sind mit den Moskauer Verhandlungen im Kurs gefallen. Ebenso ist als direkte Auswirkung ein Zögern, ein erzwungenes Sich-Zeit-lassen beim Installieren des westdeutschen Separatstaates unverkennbar. Zweigleisigkeit der anglo-amerikanischen Außenpolitik? Sichtbar für alle Welt ist das Schwanken, die Unsicherheit, in einem Ausmaß, die im umgekehrten Verhältnis zu dem oft vernommenen Ruf nach „unbeugsamer Stärke“ steht. Amerikanische Publizisten und Politiker haben sich reichlich darüber ausgelassen. Walter Lippmann hat offensichtlich dabei für uns Deutsche nicht unwesentliche Indiskretionen begangen. Wir meinen damit nicht, daß er unter Beiseiteschiebung aller Agitationsphrasen, unter

(Fortsetzung von Seite 1)
Gelüftete Schleier

Hinwegwischen der ganzen Kommunistenhetze den Komplex Berlin und Deutschland einer nüchternen Betrachtung unterzog. Einen Vorposten, den man nicht halten kann, soll man aufgeben. So ungefähr sehen er und einige andere real die Dinge. Daß die Logik, die Trümpe des diplomatischen Spiels sich im Osten befinden, ist ihm sicher nicht leicht gefallen, festzustellen. Auch diese Faktoren haben ein Gewicht in der Waagschale, mit der die Kräfte der politischen Welt gewogen werden. Walter Lippmann hat uns verraten, daß die deutschen Ministerpräsidenten nach ihrem ursprünglichen schüchternen „Nein“ von Koblenz auf Befehl an das Zurechtzimmern des westdeutschen Staates herangegangen sind.

In einem Artikel unter dem 16. 8. in der „New Yorker Herald Tribune“ beklagte Walter Lippmann wiederum das Dilemma, in dem sich die anglo-amerikanische Politik festgefahren hat. Er meint, es gäbe wenig Zweifel, daß für die Amerikaner die beste Gelegenheit, sich erfolgreich und mit Würde aus der Berliner Affäre herauszuziehen, verpaßt worden sei. Gerade die Haltung der deutschen Ministerpräsidenten hätte einen guten Ausweg geboten, von den Londoner Festlegungen loszukommen. „Da die Deutschen unser Angebot, eine Regierung zu bilden, zurückgewiesen haben, hätten wir den Russen ein Modus vivendi anbieten können, unter welchen die Blockade Berlins aufgehoben und das Projekt des westdeutschen Staates verschoben und neu überprüft hätte werden können. Die Russen hätten natürlich die Möglichkeit gehabt, die Blockade wieder in Kraft zu setzen, aber wir hätten die Möglichkeit behalten, den Plan eines westdeutschen Staates wieder aufleben zu lassen.“ Die Position, wie sie vor der Krise für beide Seiten bestanden habe, wäre so wieder hergestellt gewesen, meint Lippmann und fährt dann fort: „Aber die diplomatische Gelegenheit, welche sich durch die deutschen Ministerpräsidenten (das ursprüngliche „Nein“) bot, wurde zurückgewiesen. Die Militärgouverneure üben ohne Zweifel mit der vollen Unterstützung des Foreign Office und des State Departments Druck auf die Deutschen aus, sich zu revidieren. Die Deutschen revidierten sich und sie fahren fort, denselben westdeutschen Staat zu errichten, von dem sie zwei Wochen vorher erklärten, daß sie ihn nicht wünschten.“ Noch deutlicher wird er, wenn er im Hinblick auf die Moskauer Konferenz ausführt: „Es wäre eine bessere diplomatische Arbeit gewesen, aus dem deutschen Standpunkt Vorteil zu ziehen, die deutsche Weigerung, einen Staat zu bilden, viel eher, können, unter welchen die Blockade zur Basis unserer Bereitschaft zu nehmen, die Londoner Uebereinkünfte rückgängig zu machen oder neu zu überprüfen.“ Daß Walter Lippmann in diesem Zusammenhang vom westdeutschen Staat als von einer „Marionette der Militärgouverneure“ redet, sei nebenbei erwähnt. Die Schwierigkeit der westlichen Alliierten, wenn es zu einer neuerlichen Viermächtekonferenz über Deutschland kommen sollte, kleidet Lippmann in die Worte: „... werden wir den Deutschen zu befehlen haben, das nicht zu tun, was wir ihnen befohlen haben, zu tun.“

Nach allen Erfahrungen sind wir überzeugt, daß die deutschen Ministerpräsidenten und die in Frankfurt versammelten Separatstaatspolitiker die gleiche Geschäftigkeit für das Entgegengesetzte von dem entwickelten werden, was sie uns heute als, aus „eigener Einsicht“ gekommen, vorkommen. Sie stehen die größten Aengste aus, daß ein Modus vivendi, ein Weg zu neuen Viererverhandlungen über Deutschland gefunden werden könnte. Sie wissen zwar, daß auch bei einem Kompromiß der Westen versucht, sein „Gesicht zu wahren“, etwas für sein Prestige zu tun, aber sie haben das richtige Gefühl, daß für die „Wahrung ihres Gesichtes“ die anglo-amerikanische Politik sich nichts kosten lassen wird. Das ist ebenso sicher wie das, daß dann die jetzt noch gepriesene „demokratische Gesinnung“ der bisher als Figur im internationalen Mächtespiel gebrauchten Berliner Bevölkerung gewissen Mächten nicht ein einziges Flugzeug mehr wert sein wird.

Den Franzosen ist Paris eine Messe wert, den Rumpfstaaupolitikern im Westen Deutschlands war Berlin nicht

Vertagung vermied endgültigen Bruch

Gesamtdutsche Gewerkschaftseinheit nach wie vor erforderlich Konferenz nur unterbrochen

Die 9. Interzonenkonferenz der deutschen Gewerkschaften, die am 18. August in Ennsweiler bei Lindau in der französischen Zone eröffnet wurde, wurde auf Antrag der Vertreter der sowjetischen Zone noch am selben Tage unterbrochen.

Obwohl die Tagesordnung der Interzonenkonferenz jeweils satzungsgemäß auf der vorhergehenden Konferenz festgelegt wird, und obwohl bei Abschluß der 8. Tagung kein Antrag der Berliner UGO auf Zulassung zur 9. Tagung vorlag, waren Vertreter dieser einheitsfeindlichen und arbeiterfeindlichen Gewerkschaft erschienen, die mit Unterstützung von Westzonenvertretern, ganz besonders von Dr. h. c. Böckler, Bundesvorsitzender der Gewerkschaften der britischen Zone, die Teilnahme an den Beratungen forderten. Im Uebereinklang mit den Satzungen erklärten sich die Vertreter des FDGB bereit, über die Fragen der Zulassung von UGO-Vertretern bei der nächsten Interzonenkonferenz zu diskutieren. Der Zulassung der UGO-Vertreter bei dieser Konferenz konnten jedoch die Vertreter des FDGB der sowjetischen Zone und Berlins nicht ohne Rücksprache mit ihren Bundesvorständen zustimmen. Sie traten daher für die Vertagung der Konferenz ein, doch wurde in Aussicht gestellt, nach Klärung der strittigen Fragen, die 9. Interzonenkonferenz in der französischen Zone wieder aufzunehmen. Die Vertreter des FDGB durchkreuzten damit die Absicht der Vertreter der UGO und ihrer Freunde in den Westzonen, einen endgültigen Bruch zwischen Ost und West herbeizuführen.

Die westlichen Gewerkschaftsvertreter gaben eine Erklärung ab, die den tatsächlichen Vorgang falsch darstellte, in der Absicht, insbesondere unter den fortschrittlichen Gewerkschaftlern Verwirrung zu stiften. Ihre Erklärung, sie hätten keineswegs beantragt, eine Vertretung der Berliner UGO bei der Be-

ratung der Zentralratsfrage hinzuzuziehen, entspricht nicht den Tatsachen. Böckler hat ausdrücklich im Verlauf der Debatte seine Forderung, daß mit der Frage der Bildung des Zentralrates eine Stellungnahme zur Gesamtsituation notwendig sei und die UGO bei der Ueberprüfung der Differenzen zwischen FDGB und UGO in Berlin vertreten sein müsse, ausdrücklich zum Antrag erhoben.

Was die Berliner Frage betrifft, so haben die Vertreter des FDGB die Teilnehmer der Interzonenkonferenz eingeladen, die Lage an Ort und Stelle zu überprüfen. Dabei sollten sie nicht nur das Verhältnis zwischen FDGB und UGO untersuchen, sondern die Versorgung der Berliner Bevölkerung nachprüfen, über die die unsinnigsten Behauptungen und Gerüchte verbreitet werden. Diese Einladung deckte sich mit der Erklärung des Vertreters des Weltgewerkschaftsbundes, Kollege von

Binneveld, der die Einsetzung einer Studienkommission bekanntgab, die die Berliner Lage an Ort und Stelle überprüfen soll. Von den Vertretern der westlichen Gewerkschaften, denen am Einsatz einer solchen Kommission, die die Berliner Gerüchte zwangsläufig ad absurdum führen müßte, nichts gelegen ist, wird die Erklärung des Kollegen Binneveld einfach abgestritten.

Es ist bedauerlich, daß durch den vorzeitigen Abbruch der Konferenz eine Reihe brennendster Fragen, wie die Ereignisse in Berlin, die Frage der Demontage, sowie der Lohn- und Preisgestaltung nicht behandelt werden konnten. Es liegt nun aber an allen fortschrittlichen Gewerkschaftlern, die baldige Wiederaufnahme der Verhandlungen auf der Grundlage der satzungsgemäß beschlossenen Tagesordnung zu erzwingen, damit alle im Interesse des ausländischen Monopolkapitals organisierten Spaltungsmanöver zurückgewiesen, die baldmöglichste Herstellung einer Einheitsbewegung der deutschen Gewerkschaften hergestellt und damit die grundlegende Voraussetzung zum Anschluß an die friedliche Millionnairee des Weltgewerkschaftsbundes erreicht wird. W. M.

Das Doppelgesicht der SPD

Die unwachsamen Gänse

Als bei einer Belagerung des antiken Rom die Feinde sich nützlich in die Stadt einschleichen wollten, erhoben die heiligen Gänse der Juno auf dem Kapitol ein mörderisches Warnungsgeschrei und retteten dadurch die Stadt. Ihr aufgeregtes Geschnatter war aber nur deshalb erfolgreich, weil es rechtzeitig kam. Was man von dem gewaltigen Geschnatter wegen der Preissteigerung, das plötzlich im sozialdemokratischen Gänsestall begonnen hat, nicht sagen kann. Es kommt zu spät, viel zu spät. Der kapitalistische Feind hat sich längst in den Besitz aller Stützpunkte der bizonalen Wirtschaft gesetzt und zwar mit Wissen und Dulden der SPD. Denn sie haben ja vor fünf Monaten dem Ober-

direktor Dr. Pünder ihr Mißtrauen ausgesprochen aber trotzdem seine Wahl und die seiner Mithelfer Dr. Erhard, Schlange-Schönigen usw. erst ermöglicht. Im Gegensatz zu ihren kapitalistischen Schwestern haben die sozialdemokratischen Gänse den kapitalistischen Feind stillschweigend sich einschleichen lassen. Jetzt beginnen sie auf einmal aufgeregt zu schnattern — lange hinterher. Es handelt sich nämlich um das Allibi für die nächste Wahl — wenn das schaffende Volk abrechnen wird mit denen, die ihm den Brotkorb in die Wolken gehängt haben und auch mit denen, die dabei direkt und indirekt Mithilfe geleistet haben. Argus.

Lastenausgleich - aber wie?

Die schlecht unterrichtete Gewerkschaftszeitung

(EB) „Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden die Abgaben für den Lastenausgleich allein auf den Konsumenten fallen, während die meisten Sachwertbesitzer hiervon verschont bleiben werden.“ Diese ungeheuerliche Feststellung trifft in einem weitverbreiteten, auch in der „Rhein-Neckar-Zeitung“ vom 18. August abgedruckten Artikel das führende SPD-Mitglied Erich Klabunde. Mit dünnen Worten und ganz unverhüllt erfahren damit die Werktätigen, erfährt der kleine Mann die bittere Wahrheit, die Wahrheit nämlich, daß die Millionen und Abermillionen Betrogenen der Währungsreform auch die Betrogenen des Lastenausgleichs sein sollen. Der Währungsreform für die Reichen soll nun auch noch der Lastenausgleich für die Reichen folgen. Die — wohlgeremert nicht vom Deutschen Volk — mit der Ausarbeitung eines Gesetzes zum Lastenausgleich bis zum 31. Dezember beauftragten haben die feste Absicht, dem deutschen Volk eine Weihnachtsbescherung aufzutischen, die es der Schwerindustrie und dem Großbesitz alle, aber auch alle Lasten auf die Schultern des kleinen Mannes abzuladen.

Die „Württembergisch-badische Gewerkschaftszeitung“ vom 15. 8. befaßt sich in einem Aufsatz mit Problemen

so viel wert, sonst wäre Berlin durch die Kürung Frankfurts zur neuen Hauptstadt nicht verraten worden. In Frankfurt hat man sich wieder an Berlin erinnert, als man durch einen Befehl daran erinnert wurde.

Politiker eines besiegten und unterlegenen Volkes zu sein verlangt zwar, bitteren Tatsachen ins Auge zu sehen, bedeutet aber nicht das eigene Wollen, die eigene Nation, aufzugeben. Sklave kann man werden; ein Loblied auf das Sklavendasein aber zu singen ist würdelos und widernatürlich. So widernatürlich ist die Behandlung, der man sich mit Zwangsläufigkeit aussetzen wird. Dieser Kelch wird an den Weststaatspolitikern Frankfurts und Berlins nicht vorübergehen. Es wird ihnen nicht erspart bleiben, ihn bis zur Neige zu leeren.

des Lastenausgleichs. Sie veröffentlicht bei dieser Gelegenheit eine Reihe von Grundsätzen der SPD zum Lastenausgleich, zeigt sich aber seltsam uninformativ mit der Behauptung, daß ihr die Programme der anderen Parteien noch nicht bekannt seien. Wir Kommunisten sind es gewohnt, daß man so tut, als

Die Vorschläge der KPD zum Lastenausgleich

- Die Vorschläge der KPD sind:
1. Alle in Not Geratenen, die durch Flieger- oder sonstige Kriegsschäden betroffen wurden, haben ein Anrecht auf Entschädigung. Die erforderlichen Feststellungen über die durch Kriegseinwirkung entstandenen Sachwertverluste sind unverzüglich zu treffen und als Unterlagen für die gesetzlichen Ausgleichsleistungen zu verwenden.
 2. Vertriebene, die immer noch auf ein menschenwürdiges Obdach und eine Existenz warten, müssen durch gesetzliche Regelungen eine ausreichende Hilfe erhalten und damit endlich die materielle und moralische Gleichstellung zu den Altbürgern, auf die sie ein bisher unerfülltes Anrecht haben.
 3. Die Opfer des Krieges und der nationalsozialistischen Verfolgung, die Schäden an Gesundheit und Arbeitsunfähigkeit erlitten haben, müssen mit genügend Mitteln ausgestattet werden, damit ihre Existenz gesichert und geschehenes Unrecht wieder gutgemacht wird.
 4. Das Vermögen der Kriegsinteressenten, Kriegsverbrecher und Nutznießer des Naziregimes, der Nachkriegsspekulanten und Großschieber muß restlos enteignet und für den Lastenausgleich herangezogen werden.
 5. Aller Großgrundbesitz über 100 ha, bei Kriegsverbrechern und Nutznießern des Naziregimes der gesamte Grundbesitz, muß enteignet und den Neubürgern, Kleinbauern und Landarbeitern zur Verfügung gestellt werden.
 6. Jeder Vermögenszuwachs, der durch Nutznießung an der Hitlerschen Kriegsrüstung, an Kriegslieferungen, an Arierisierungsmaßnahmen, an der Ausplünderung besetzter Gebiete und durch die Ausbeutung von Fremdarbeitern zustande gekommen ist, muß beschlagnahmt werden und dem Lastenausgleich zugutekommen.
 7. Das gesamte Vermögen von Arbeitern und Angestellten, Kleingewerbe-

ob unsere jeweiligen Vorschläge und Forderungen, die immer mit den Interessen der Werktätigen und des kleinen Mannes übereinstimmen, mit Hartnäckigkeit übersieht. Da der Artikelschreiber ankündigt, daß er auch die Forderungen der anderen Parteien zur Kenntnis der Leser des Gewerkschaftsblattes bringen werde, wollen wir ihm mit der Veröffentlichung der Vorschläge der KPD zum Lastenausgleich, wie sie in der Parteivorstandssitzung vom 24. Juli 1948 angenommen wurden, dienen.

- tretenden, Kleinfabrikanten, Kleinbauern und Geistesschaffenden, die sich nicht an Naziverbrechen beteiligt haben, bleibt grundsätzlich von der Heranziehung zum Lastenausgleich frei.
2. Alle Schulden des Hitlerregimes müssen annulliert werden.
3. Im Lastenausgleich werden nicht entschädigt:
 - a) die erfolgten, aber nicht bezahlten Lieferungen im Rahmen der Rüstungs- und Kriegswirtschaft;
 - b) Forderungen an den Hitlerstaat, die sich auf nicht mehr fertiggestellte Aufträge im Rahmen der Rüstungs- und Kriegswirtschaft beziehen;
 - c) Demontage- und Kriegsschäden der Rüstungs- und Kriegsindustrie.
10. Die unerträglich hohen Besatzungskosten müssen unverzüglich dem niedrigen Lebensstandard des deutschen Volkes angepaßt werden. Die Reparationsleistungen müssen endlich klar festgesetzt und auf ein für das deutsche Volk erträgliches Maß reduziert werden. Ohne fühlbare Erleichterung auf diesem Gebiet müßte ein Lastenausgleich illusorisch sein. — Alle Entnahmen für die Besatzungsmächte aus der laufenden Gütererzeugung müssen zu normalen Preisen auf Reparationskonto angerechnet oder in Valuta bezahlt werden.

Das deutsche Volk darf nicht länger in seiner Gesamtheit für die Verbrechen der Großkapitalisten und ihres Naziregimes bestraft werden. Wir verlangen: Die Reichen sollen zahlen!

Lastenausgleichsgrundsätze der SPD sind falsch

Die von der SPD zum Lastenausgleich aufgestellten zehn Thesen bezeichnete nach einer Denunziation der Zentralverband der Fliegergeschädigten Württemberg-Badens als „falsch in ihrer Grundtendenz“, weil sie sich auf den „Almosenstandpunkt“ statt auf den Boden des Rechtsgedankens“ stellten.



Ernst Thälmann

(zu seinem Todestag am 28. August)

Unter den Opfern, welche die deutsche Arbeiterklasse im Kampfe gegen den Hitlerfaschismus brachte, befindet sich einer ihrer besten Söhne, Ernst Thälmann, der Führer der Kommunistischen Partei.

Nach 11 1/2 Jahren schweren Kerkers ließ ihn am 28. August 1944 die faschistische Henker ermorden. Sie fürchteten den volkstümlichsten Mann der deutschen Arbeiterbewegung.

Das Leben Ernst Thälmanns, der am 16. April 1886 in Hamburg geboren wurde, war aufs engste mit dem Kampf seiner Klasse verknüpft. Schon mit jungen Jahren trat er der Arbeiterbewegung bei. Er war ein entschiedener Gegner des Opportunismus und Reformismus und ein Kämpfer um die Aktionseinheit der sozialistischen Arbeiter und des ganzen werktätigen Volkes.

Unvergessen sind die Worte, mit denen er sich, als der Hitlerfaschismus drohend sein Haupt erhob, an die sozialdemokratischen Arbeiter wandte.

Ernst Thälmann war ein echter Arbeiterführer, der aufs engste verbunden mit den Massen des werktätigen Volkes ihr Berater und Organisator war. Er genoß weit über den Rahmen seiner Klasse hinaus das Vertrauen des Volkes.

Als sein Tod bekannt wurde, stockte einen Augenblick der Herzschlag aller antifaschistischen Kämpfer, die wußten, welch großer Verlust sie betroffen hatte.

Gedenken wir heute dieses großen Sohnes unseres deutschen Volkes! Geloben wir, in seinem Geiste die Einheit der Werktätigen zu schmieden und durch sie unser großes Werk der demokratischen Erneuerung Deutschlands und der Verwirklichung des Sozialismus zum Siege zu führen.

Ernst Thälmann mahnt

„Wir rufen die sozialdemokratischen Arbeiter auf, Schulter an Schulter mit uns zu kämpfen. Wir machen ihnen diesen Einheitsvorschlag in ehrlicher und brüderlicher Absicht. Wir reichen ihnen aufrichtig und kameradschaftlich die Hand. Wir vergessen niemals einen Augenblick, daß sie unsere Klassenbrüder sind. Deswegen schmieden wir mit ihnen gemeinsam die Einheit.“

(„Rote Fahne“, 29. November 1931.)

Württemberg und Baden

Von Robert Leibbrand, M.d.L.

Viele wirtschaftliche, verkehrspolitische und andere Gründe sprechen für einen Zusammenschluß von ganz Württemberg und ganz Baden zu einer größeren Einheit. Bereits in der Weimarer Republik waren Bestrebungen in dieser Richtung im Gange. Von der scheinbaren Einmütigkeit der heutigen Regierungsparteien zu einem solchen Zusammenschluß darf man sich jedoch nicht täuschen lassen. In den Berichten von ihrer Zusammenkunft auf dem Hohenneuffen war von einem „kantonalen Aufbau“ des künftigen Landes die Rede. Das würde bedeuten, daß der neue Bundesstaat in sich wieder föderalistisch aufgespalten wäre. Die geplanten Regierungsbezirke Nordbaden, Südbaden, Nordwürttemberg und Südwestwürttemberg-Hohenzollern wären als „Kantone“ nicht nur Verwaltungsorgane, sondern Miniaturregierungen, in denen die im Süden dominierende CDU ihre Sonderpolitik z. B. in Schul- und Personalfragen betreiben würde. Damit wäre aber die Einheitlichkeit des neuen Landes und die damit erstrebte Vereinfachung der Verwaltung schon wieder in Frage gestellt.

Der Großteil der Bevölkerung erwartet von der Vereinigung vor allem die Beseitigung der Unzulänglichkeiten aus den zweierlei Besatzungen. Aber auch hier ist noch nicht klar, wie die Dinge gestaltet werden sollen. Frühere Pläne, daß ganz Baden und ganz Württemberg zur französischen Besatzungszone kommen sollten, sind allem Anschein nach wieder fallen gelassen worden, da die amerikanische

Armee den Mannheimer Hafen und die badischen Strecken der Autobahn Frankfurt-München aus verkehrspolitischen und strategischen Gründen nicht aufgeben will.

Es scheint jetzt die Absicht der Besatzungsmächte zu sein, zwar die Zonengrenzen aufzuheben, im übrigen aber die Besatzungen in den jetzigen Gebieten zu belassen. Das würde aber bedeuten, daß namentlich bei dem geplanten kantonalen Aufbau eine jede Besatzungsbehörde auf „ihre“ Kantone im Sinne ihrer Sonderinteressen einwirken könnte und eine einheitliche Landespolitik illusorisch gemacht würde. Doch selbst wenn das vermieden werden könnte, würden der Landtag und die Regierung des vereinigten Landes zwei Militärregierungen unterstehen und wir wissen aus Erfahrung, wie schwer es schon ist, mit einer auszukommen.

Ist schon die Vereinigung von Württemberg-Baden sehr problematisch, so wird sie es noch mehr durch die innen- und außenpolitischen Zusammenhänge, mit denen sie unlösbar verknüpft ist. Die Londoner Beschlüsse der sechs Westmächte verlangen eine Neugliederung aller westdeutschen Länder. Wären diese lediglich Selbstverwaltungskörperschaften im Rahmen einer einheitlichen gesamtdeutschen Republik, dann wäre eine Aufgliederung nach sachlichen Gesichtspunkten ohne allzu große Schwierigkeiten möglich. Da aber nach dem Willen der Westmächte der westdeutsche Separatstaat eine Föderation mit weitgehender Selbst-

ständigkeit der einzelnen Gliedstaaten sein soll, wird die Neugliederung der Länder zu einer politischen Machtfrage ersten Ranges, bei der innen- und außenpolitische Interessen untrennbar durcheinander laufen.

Im Interesse der föderalistischen Aufspaltung sollen die Bundesstaaten möglichst gleich groß sein, um sich gegenseitig und gegenüber der Zentralregierung das Gleichgewicht zu halten. So werden ohne Rücksicht auf wirtschaftliche oder verkehrspolitische Gegebenheiten auf der Landkarte neue Bundesstaaten konstruiert. Parteipolitiker rechnen Kombinationen aus, die ihrer Partei oder Parteikoalition die Mehrheit in Landtag und Regierung sichern wollen. Französische Interessen wollen den Rhein zur Ländergrenze machen, um dann den oder die linksrheinischen Bundesstaaten in Abhängigkeit von der französischen Politik zu bringen. Andererseits wird versucht, dem durch die „Verzahnung“ rechts- und linksrheinischer Gebiete entgegenzuwirken. Wie soll in diesem Durcheinander und Gegeneinander der außen- und innenpolitischen Interessen unter den heute gegebenen Machtverhältnissen das deutsche Volk eine freie, den deutschen Notwendigkeiten gerecht werdende Entscheidung treffen?

Zudem soll diese Entscheidung in größter Eile herbeigeführt werden. Diese Hast zeigt das offenkundige Bestreben, fertige Tatsachen zu schaffen, die neue Hindernisse für die Einheit ganz Deutschlands darstellen. Gerade in dem Augenblick, da die Bestrebungen in Moskau eine bescheidene Hoffnung auf eine gesamtdeutsche Regelung eröffnen, sollen rasch noch Faustpfänder und Kompensationsobjekte für die Verhandlungen geschaffen werden.

Deutsche Parteien und Regierungen die sich ihrer Verantwortung vor dem deutschen Volk bewußt sind, dürfen sich nicht als Werkzeuge in diesem Spiel hergeben. Und welche Gewähr ist gegeben, daß nicht schon morgen eine Veränderung im weltpolitischen Kräftepiel die Interessensphären auf dem deutschen Nebenkriegsschauplatz neu zieht und die ganze künstliche Konstruktion wieder über den Haufen wirft?

Gewisse Kreise in den württembergisch-badischen Regierungsparteien haben versucht, den Zusammenschluß Württembergs und Badens loszulösen von allen anderen Grenzveränderungen. Aber die Besatzungsmächte wollen die sofortige Neugliederung in ganz Westdeutschland und deutsche Interessenten spielen dabei eifrig mit. Es sind starke Bestrebungen für einen Anschluß der Pfalz an Württemberg-Baden im Gange. An sich würde die enge Verbundenheit des Mannheim-Ludwigshafener Wirtschaftsgebietes für eine solche Lösung sprechen. Aber dann ist der verbleibende Rest des jetzigen Landes Rheinland-Pfalz im Sinne der föderalistischen Konstruktion zu klein. Es muß entweder an andere Länder aufgeteilt, oder durch andere Gebietsteile vergrößert werden. Und sofort ist damit wieder der ganze Rattenschwanz aller Neu- und Umteilungen aufgerollt. Auch das Land Hessen strebt die vollgewichtige Größe an und erhebt ebenfalls Anspruch auf die Pfalz, es will außerdem die nordbadischen Kreise Mannheim, Bruchsal, Heidelberg und Mosbach eingemeinden. Der badische Odenwald mit Buchen und Wertheim, sowie die drei nördlichen Kreise Württembergs sollen nach den hessischen Vorschlägen an Bayern fallen, das dafür wiederum Aschaffenburg an Hessen abgeben soll. Auf badischer Seite wird dagegen die öffentliche Meinung in den „bedrohten Gebieten“ mobilisiert.

Haben deutsche Regierungen und Parteien der gegenwärtigen Lage wirklich nichts Wichtigeres zu tun? Aber Vielleicht ist ihnen gerade dieser frisch-fröhliche Grenzkrieg eine gar nicht unerwünschte Ablenkung von den brennenden wirtschaftlichen Fragen, die zu lösen sie sich als unfähig erwiesen haben. Den Interessen des arbeitenden Volkes jedoch ist damit nicht gedient! So notwendig an sich eine Neuregelung der Ländergrenzen ist, eine den deutschen Notwendigkeiten entsprechende Lösung ist nur möglich, wenn im Rahmen einer einigen, demokratischen Republik das deutsche Volk selbst unbeeinflusst und frei entscheiden kann.

Vorstehende Ausführungen sind ein gekürzter Vorabdruck aus dem Augustheft der Zeitschrift „DAS NEUE WORT“ in Stuttgart.

Hinter den Mannheimer Gefängnismauern

Gefängnisleitung schweigt sich aus / Steht ein Wandel bevor?

(EB) Ueber das Landesgefängnis Mannheim hat das „Badische Volksecho“ im Laufe der Zeit schon mehrfach berichtet und der Öffentlichkeit damit einen Dienst erwiesen, daß es unzulängliche Zustände schonungslos aufdeckte und durch unerbittliche Fragestellung wesentlich zur Klärung der Dinge beitrug.

Mit konstanter Hartnäckigkeit hat sich die jeweilige Leitung des Landesgefängnisses, welche nicht ohne unsere Mitwirkung seit 1945 mehrfach wechselte, immer wieder ausgeschwigen über die von uns getroffenen Feststellungen. Auch zu der Veröffentlichung, welche wir in einer unserer letzten Nummern über die Mißstände in der ärztlichen Betreuung der Gefangenen brachten, schweigt die derzeitige Leitung. Nur auf vielfältig verschlungene Wegen ist zu uns die Nachricht gedrungen, daß einer der Verantwortlichen, nämlich der Gefängnisarzt Medizinalrat Dr. Hoffmann, geäußert haben soll, er werde dem „Badischen Volksecho“ eine „gesalzene Antwort“ geben. Wir warten heute noch darauf. Inzwischen möchten wir aber, ohne damit etwa die ärztlichen Qualitäten Dr. Hoffmanns in Frage zu stellen, doch die Frage aufwerfen, ob es sehr zweckmäßig ist, einen ausgesprochenen Barras-Arzt, der es in seiner KV-Praxis bis zum Oberst-Arzt ge-

bracht hatte und heute noch mit Vorliebe in knarrenden Offiziersstiefeln herumläuft, in einer solchen Anstalt, wie das Gefängnis, zu verwenden.

Auch sonst gehen hinter den Mauern des Landesgefängnisses allerlei Dinge vor sich, die vielleicht im Augenblick noch nicht spruchreif sind. Wir denken da z. B. an die vor einigen Monaten erfolgte Entlassung von Betriebsratsmitgliedern und an eine dunkle Geschichte mit einer von einem Gefangenen eingebrachten Schußwaffe, über welche ein inzwischen ebenfalls als unliebsam entlassener Beamter zu falschen Angaben vor der Militärregierung verleitet wurde.

Wir denken weiterhin an die noch immer nicht restlos aufgeklärte Affäre mit der Brotmarkendruckerei, an die offensichtliche Bevorzugung nazistischer Elemente u. a. m.

Der Strafvollzug wickelt sich naturgemäß, wie dies schon die hohen Gefängnismauern symbolisieren, unter Ausschluß der Öffentlichkeit ab. Das darf aber nicht dazu führen, daß sich unter Ausnützung dieses Umstandes Mißstände aller Art nicht nur konservieren, sondern immer mehr ausbreiten. Wann gedenkt der Verantwortliche für das Strafvollzugswesen in Nordbaden nach dem rechten zu sehen und endlich einmal grundlegenden Wandel zu schaffen?

„Empfang“ bei Brüning



Pressemeldungen zufolge empfing in den letzten Tagen der ehemalige deutsche Reichskanzler Dr. Heinrich Brüning den Zonenvorsitzenden der CDU Dr. Adenauer. Der Zentrums-Hungerkanzler scheint also bereits über die Rolle einer neuen grauen Eminenz hinausgewachsen zu sein und fühlt sich bereits als Obermarionette des inzwischen von seinem früheren Sekretär Dr. Pünder verwalteten Marionettenstaates. Wie ein regierendes Staatsoberhaupt veranstaltet er bereits Empfänge. Bekanntlich gilt Dr. Brünings Fahrt aus USA nach Deutschland als Familienreise.

Presse-Stimmen

Wut gegen Friedensbemühungen

„In Moskau ist nicht über dieses oder jenes verhandelt worden, sondern darüber, ob man in Zukunft überhaupt werde verhandeln können... Das Resultat von Moskau — es sei wie es wolle — wird deshalb ein Provisorium bleiben. Die Erkenntnis, daß der Osten im Prinzip nicht nachzugeben gewöhnt ist, und daß dort, wo er nachgibt, er nur nach einem neuen Wege sucht, seine Ansprüche zu befrieden, hat dazu geführt, daß auch der Westen sich nur noch un-reinen Herzens zu Kompromissen entschließen kann. Die Zeit der Round-Table-Konferenzen ist vorbei.“

„Tagesspiegel“ vom 19. 8. 1948.

Wut gegen die Sozialdemokratie

„Die Kronpräsidenten der Sozialdemokratie mögen in ihren Ausscheidungskämpfen um Schumachers Nachfolge die stumpfe Waffe der Verleumdung gegen uns gebrauchen, weil wir die Direktionslosigkeit der westdeutschen Politiker tadeln; wenn solche Diadochengefächte jedoch mit den Entscheidungen um Deutschlands Zukunft vermischt werden, kann es nicht ausbleiben, daß die man herausgefordert hat, und sie Schärfe der Kritik genau diejenige ist, wird die funkelnden Meteore am Partehimmel so wenig schonen, wie die mit bloßem Auge kaum wahrzunehmenden

Fixsterne... Angefangen von ihrer provinziellen Reportage über die Wirkungen der Währungsreform bis zu den wenig selbstsicheren Angriffen auf Professor Erhards befreiende Wirtschaftskonzeption, vegetiert die hannoversche Sozialdemokratie überhaupt nur noch auf dem Acker der Demagogie.“

„Tagesspiegel“ vom 19. 8. 1948.

Protest geht alle drei Westmächte an

„Nachdem Frankreich in den letzten drei Jahren bereits über 50 000 Maschinen (und überall die modernsten und wertvollsten) aus seiner Zone abtransportiert hat, würde nunmehr — kurz vor dem Zusammenschluß der drei Westzonen — die dortige Industrie mit einem neuen Schlag noch einmal und diesmal tödlich getroffen werden. Die Initiative hierzu geht in diesem Fall allerdings nicht allein von französischer Seite aus; die von britischen Fabrikanten offen zugegebene Furcht vor deutscher Konkurrenz, die offensichtlich die Entscheidungen der Interalliierten Reparationskommission in Brüssel maßgebend beeinflussen konnte, spielt ebenfalls eine nicht unerhebliche Rolle. Auch gegen diese unverständliche Beeinflussung richtet sich daher der eindringliche deutsche Protest, und er geht damit alle drei westlichen Besatzungsmächte an.“

„Rhein-Neckar-Zeitung“, Heidelberg, vom 11. 8. 1948.

UNTERHALTUNG UND WISSEN

Die imperialistische Wurzel der Rassenlüge

Von Stefan Heymann

Der nachfolgende Beitrag wird nicht nur wegen seines Inhalts das besondere Interesse unserer Leser finden, sondern weil auch einem großen Teil von Ihnen der Verfasser, der jetzt in Weimar lebende Stefan Heymann, noch in guter Erinnerung ist als führende Persönlichkeit der Mannheimer Arbeiterbewegung und als Redakteur der Mannheimer „Arbeiter-Zeitung“, deren Nachfolge das „Badische Volksecho“ angetreten hat.

Die Red.

Wie kam es, daß im Zeitalter des Radios und Flugzeugs, der Elektrizität und Atomenergie solche mittelalterlichen Anschauungen wie „Rasse als geschichtsbestimmender Faktor“ zur Wissenschaft deklariert und ernsthaft diskutiert werden konnten? Ja, daß ein ganzes Volk auf diesen Schwindel hereinfiel?

Selbstverständlich ist dies nur historisch aus der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft, vor allem in Deutschland, zu erklären. Die Ueberheblichkeit eines Volkes über das andere war zwar auch schon im Altertum vorhanden, in dem sowohl Griechen als Römer verächtlich auf die „Barbaren“ herablickten. In einer Gesellschaft, die auf der Sklaverei beruht, d. h. auf einem Wirtschaftssystem, in dem ein Teil der menschlichen Gesellschaft nur als sachlicher Gegenstand, aber nicht als lebendiges Wesen betrachtet wurde, mußte eine solche Ideologie die notwendige Ergänzung der Produktionsmethoden sein. Einen Menschen, den man als Menschen achtet oder betrachtet, kann man nicht wie einen toten Gegenstand verkaufen. Zum Sklavenhandel gehörte notwendigerweise die Ideologie von der Minderwertigkeit bestimmter Menschengruppen.

In dem Maße, wie die Sklaverei zugrunde ging und der Mensch aus einem toten Gegenstand zu einem lebendigen Wesen im Wirtschaftskörper wurde, verlor sich auch die antike Rassenideologie. Der Siegeszug des Christentums mit seinem Grundsatz, daß vor Gott alle Menschen gleich seien, ist die ideologische Erscheinung dieser Umwandlung des antiken auf der Sklaverei beruhenden Produktionsprozesses in den feudalen Produktionsprozeß, auf dem Boden der Leibeigenschaft, wo der Leibeigene zwar auch seinem Feudalherren „gehörte“, aber doch nicht mehr wie eine Ware, wie zur Zeit der Sklaverei, als Einzelwesen verkauft werden konnte. Denn zum Leibeigenen gehörte auch der Grund und Boden, nur durch den Wechsel des Grundbesitzers wechselte der Leibeigene seinen Herrn. Der Leibeigene war also in beschränktem Umfang ein freier Mensch als der Sklave. Wilde Völker Asiens und Afrikas wurden zwar im Mittelalter als außergewöhnliche Erscheinungen bestaunt, aber doch nicht im Sinne einer „Rassentheorie“ als minderwertig be-

zeichnet. In der Zeit der christlichen Vorherrschaft gibt es höchstens die Unterscheidung zwischen Christen und Heiden, wobei die Heiden als in gewissem Umfang minderwertig angesehen werden. Allerdings niemals im Sinne eines Rassenunterschiedes, da man ja immer noch hoffen konnte, einen Heiden zu bekehren, während Rasseigenschaften nicht übertragbar sind.

Der Begriff der rassenmäßigen Minderwertigkeit kam erst mit dem kapitalistischen Zeitalter wieder auf. Der Expansionsdrang des Kapitalismus konnte an den engen nationalen Schranken nicht haltmachen, sondern griff auf den Weltmarkt über. Nun galt es nicht mehr, einzelne oder auch Tausende von Sklaven für einzelne Großbesitzer zu erwerben, sondern jetzt wurden ganze Völker im Dienste einer bestimmten nationalen Kapitalstengruppe versklavt. Und prompt stellte sich wieder die „Rassentheorie“ ein, weil man natürlich lebendige Menschen mit Seele, Geist, Willen nicht versklaven kann, sondern nur Wesen, die minderwertiger sind als der Sklavhalter selbst. Hier haben wir die eigentliche Wurzel für die faschistische Rassen„theorie“.

Wohlgemerkt, diese Einstellung der Ueberlegenheit kapitalistischer „Rassen“ gegenüber Völkern, die noch im Zustand der Wildheit oder frühen Feu-

Gespräch im Westen:



Prost! Baron. Auf unsere großen Verbündeten! Haben uns wieder glänzend geholfen. Großartig, wie unsere Freunde jenseits des großen Teiches das machen. Na, werden uns erkenntlich zeigen, wie?

dalzeit leben, entsteht schon zu Beginn der kapitalistischen Gesellschaft, also schon in einer Zeit, in der die Kapitalistenklasse im Vollgefühl ihrer revolutionären Kraft gegenüber dem absterbenden Feudalismus sich als Befreierin der ganzen Menschheit betrachtet und die berühmten Menschenrechte proklamiert. Es ist charakteristisch, daß in dem Land, in dem die Menschenrechte zum ersten Male verfassungsmäßige Grundlage des Staatslebens wurden, nämlich in den Vereinigten Staaten von Amerika, auch die Sklaverei in voller Blüte stand, ohne daß dies die Vertreter der Menschenrechte genierte. Friedrich Engels weist gerade an dieser Tatsache den spezifisch bürgerlichen Charakter der sogenannten Menschenrechte nach, wenn er schreibt:

„Wobei es für den spezifisch bürgerlichen Charakter dieser Menschenrechte bezeichnend ist, daß die amerikanische Verfassung, die erste, welche die Menschenrechte anerkennt, in demselben Atem die in Amerika bestehende Sklaverei der Farbigen bestätigt: die Klassenrechte werden geschützt, die Rassenrechte geheiligt.“

So ist Amerika bis zum heutigen Tage das Land geblieben, in dem die Rassenurteile im öffentlichen und privaten Leben die größte Rolle spielen. Zwar ist die Sklaverei abgeschafft, aber die Ideologie der Sklaverei herrscht heute noch unbestritten.

Farbige dürfen nicht dieselben Lokale benutzen wie die weißen Menschen, sie dürfen nicht in denselben Eisenbahnwaggons fahren, sie haben besondere Schulen, in New York gibt es ein besonderes „Ghetto“, Harlem, für Neger usw. Die Neger dürfen zwar für den amerikanischen Imperialismus kämpfen und sich tötens lassen, d. h. für die Aufrechterhaltung der alten Sklavenbestimmungen sterben.

Der Kampf schwarzer Kriegsteilnehmer, die im Felde in der vordersten Front gegen den deutschen Faschismus standen, gegen diese barbarischen Rassengesetze — geschriebene und ungeschriebene — ist gerade nach dem zweiten Weltkriege in starkem Maße entbrannt. Die immer häufiger werdenden Lynchmorde an Negern seit Beendigung des zweiten Weltkrieges zeigen deutlich die Verschärfung dieses Kampfes. So ist die Lage der Neger in den

Vereinigten Staaten heute noch ein lebendiges Beispiel dafür, daß die Sklaverei die ökonomische Ausgangsbasis für die Rassen„theorie“ im Sinne einer Höher- bzw. Minderwertigkeit bestimmter Rassen darstellt.

Die Ausbeutung bzw. Versklavung fremder Völker nahm im vorigen Jahrhundert größte Ausmaße an, und daher liegt im 19. Jahrhundert auch der Ursprung der modernen Rassenbarbarei. Der Staatssekretär für Reichsjustiz, Stuckart, prägte die klassische Form dieser Rassenbarbarei in dem Satz:

„Der Nationalsozialismus bedeutet eine Abkehr von dem liberalistischen Grundsatz von der Gleichheit alles dessen, was Menschenantizität trägt.“

Der faschistische Henker hat sich in der Terminologie vergriffen — er hätte statt „liberalistisch“ humanistisch sagen müssen. Denn es ist der Grundsatz aller unserer großen Humanisten gewesen, daß alle Menschen zu einem Geschlecht gehören. Am schönsten hat diesen Gedanken wohl der große humanistische Naturforscher Alexander von Humboldt formuliert, wenn er schreibt:

„Indem wir die Einheit des Menschengeschlechtes behaupten, widerstreben wir auch jener unerfreulichen Annahme von höheren und niederen Menschenrassen. Es gibt bildsamere, höher gebildete, durch geistige Kultur veredelte, aber keine edleren Volksstämme. Alle sind gleichmäßig zur Freiheit bestimmt, zur Freiheit, welche in roheren Zuständen dem einzelnen in dem Staatenleben bei dem Genuß politischer Institutionen der Gesamtheit als Berechtigung zukommt.“ (Kosmos, Stuttgart, 1874)

Kulturschaffende der Welt in Breslau

Heute, am 25. August, beginnt in Breslau der auf Initiative eines französisch-polnischen Komitees einberufene Weltkongreß zur Verteidigung des Friedens. Je ein französischer, englischer, sowjetischer und polnischer fortschrittlicher Vertreter der Wissenschaft, Literatur und Kunst werden über folgende Seiten des Problems sprechen:

1. Weltkultur und Friedenssicherung.
2. Europäische Intelligenz und nationale Kultur.
3. Kulturarbeit des werktätigen Volkes.
4. Zusammenarbeit der Kulturschaffenden mit den demokratischen Bewegungen.

Aus allen Ländern der Welt haben namhafte Vertreter der fortschrittlichen Intelligenz ihre Teilnahme angemeldet. Aus Frankreich kommen u. a. der Atomforscher Prof. Frédéric Joliot-Curie, das Schriftsteller-Ehepaar Louis Aragon und Elsa Triolet, der Dichter Paul Eluard, der Maler Pablo Picasso, der Architekt Le Corbusier, die Schriftsteller Vercors, Duhamel, Salacrou, aus England u. a. der Dichter John B. Priestley, der Biologe Dr. Needham, der Sekretär des internationalen PEN-Clubs Hermon Ould, der Präsident der UNESCO Julian Huxley. Aus Chile wird erwartet der bedeutende südamerikanische Dichter Pablo Neruda,

aus Italien der Rektor der Universität Pisa, der Dichter Giuseppe Ungaretti u. a. Aus Dänemark der Dichter Martin Andersen Nexø, aus Mexiko der Führer der dortigen Gewerkschaftsorganisation Lombardo Toledano. Die Tschechoslowakei wird durch den Wissenschaftler Jan Mukarovsky und den Komponisten Jan Kubelik vertreten sein. Die Sowjetunion schickt eine starke Delegation, der neben anderen angehören die Schriftsteller Ilja Ehrenburg, Leonid Leonow, Alexander Fadejew, Michael Scholochow, der Regisseur Pudowkin, der Maler Gerassimow. Der starken Abordnung der USA gehören an: der Schriftsteller Erskine Caldwell, der ehemalige Vize-Justizminister John Rogge, der eine auf Platten aufgenommene Botschaft des Präsidentschaftskandidaten Henry Wallace mit sich führt, der Geistliche und Sozialarbeiter Dr. Henry Atkinson, der Rundfunk-Autor Norman Corwin, der Nationalökonom Otto Nathan, der eine Botschaft von Professor Einstein an den Kongreß überbringt und eine Reihe weiterer bedeutender Persönlichkeiten der USA. Man erwartet auch die Teilnahme einer Reihe fortschrittlicher deutscher Schriftsteller und Geistes-schaffender wie Anna Seghers, Bert Brecht, Ludwig Renn, Hanns Eisler und Willi Bredel. Insgesamt werden etwa 20 Länder auf dem Kongreß vertreten sein.

Der Kampf der Kolonialvölker um ihre Befreiung

(PD) Als Ergebnis des zweiten Weltkrieges, sagte Sbdanow auf der Zusammenkunft der neun Parteien in Warschau, verschärft sich die Krise in den Kolonien und abhängigen Ländern und manifestiert sich in dem machtvollen Impuls der nationalen Befreiungsbewegung.

Millionen Menschen in Asien nehmen aktiv an dem Kampfe teil, um das imperialistische Joch abzuschütteln und ihre wirtschaftliche und politische Freiheit zu erringen.

China

Schon seit einem Vierteljahrhundert kämpft das chinesische Volk gegen die imperialistische Unterdrückung. Die Armee des Freien China schafft jetzt in unermüdbaren siegreichen Kämpfen die Vorbereitungen für eine endgültige Niederlage des korrupten Tschiang-Kai-Schek-Regimes und seiner amerikanischen Helfer. Die Kommunistische Partei steht in diesem Kampfe um die Befreiung des chinesischen Volkes sowohl an der Front als auch in den schon befreiten Gebieten an führender Stelle. An der Front lenkt sie die Kampfhandlungen und beim friedlichen Aufbau des befreiten Hinterlandes ist sie führend auf dem Wege zur Sozialisierung des Landes.

Indien

In Indien wird der Kampf um die Freiheit in die Hände der Arbeiterklasse übergehen. Große Teile des Bürgertums haben aus Angst vor der Massenbewegung vor dem englisch-amerikanischen Block kapituliert. Sie haben verräterisch mit den Feudalherren paktiert, die Wirtschaft des Landes den Anglo-Amerikanern verkauft und Indien zu einer militärischen Basis imperialistischer Abenteuer gemacht.

Die Volksfront, die sich dank der Initiative der kommunistischen Partei gebildet hat, erfaßt große Teile der werktätigen Bevölkerung Indiens. Weder die Verfolgungen und Einschüchterungsversuche, noch die Gefangensetzung der kommunistischen Führer werden diesen Befreiungskampf des indischen Volkes aufhalten können.

Indonesien

Die Indonesische Republik führt ihren mutigen Kampf gegen den imperialistischen Block der Holländer und Engländer, welche beide von den Amerikanern unterstützt werden, fort. Es ist dabei wichtig, festzustellen, daß der kommunistische Einfluß in den Gewerkschaften und anderen Organisationen des indonesischen Volkes ständig wächst.

Korea

In Süd-Korea widersteht das Volk dem amerikanischen Plan, das Land in

eine Festung des Yankee-Imperialismus zu verwandeln. Die Südkoreaner erkennen, daß die wirtschaftliche, nationale und politische Versklavung, gleich wie bei den Japanern sich unter der imperialistischen Herrschaft der USA fortsetzt.

Philippinen

Der Kampf der philippinischen Patrioten nimmt immer mehr den Charakter einer Guerillabewegung an. Am 24. März veröffentlichte der Chef der Guerillas, Tunc, die Ziele der Bewegung: Sturz der Regierung der Großgrundbesitzer und Monopolisten von Manila, Verteidigung der Rechte der Landarbeiter und Entziehung der Privilegien, die die Regierung den amerikanischen Kapitalisten eingeräumt hat. Genau so, wie es der amerikanische Imperialismus versucht, in Europa Westdeutschland zu einem militärischen Stützpunkt auszubauen, macht er auch aus Japan ein Arsenal in Asien und versucht die anderen asiatischen Länder dazu zu zwingen, ihre Wirtschaft und Industrie diesem Plan zu unterordnen. So müssen zum Beispiel die Philippinen Fertigprodukte aus Japan einführen und ihre eigenen Rohstoffe nach Japan liefern, aus denen die philippinische Industrie durchaus imstande wäre, selbst die Dinge, die das Land benötigt, herzustellen.

Malaia

Malaia produziert 98 % des gesamten Rohgumms der Welt und stellt somit eine einzigartige Dollarverdienstquelle des englischen Imperialismus dar. Kein Wunder, daß darum die englischen Imperialisten, unterstützt von der Labourregierung, keine Mittel scheuen, um das Volk von Malaia weiterhin in Sklaverei zu halten und rücksichtslos für ihre Profitzwecke Land und Leute auszu-beuten. Die englischen Unterdrücker haben die Gewerkschaften aufgelöst, die kommunistische Partei verboten und die üblichen Terror- und Einschüchterungsmethoden angewandt. Sie haben sogar Flugzeuge und Truppen aus England eingesetzt, um in rigorosester Form gegen die Befreiungsbestrebungen des Volkes vorzugehen.

Das Volk von Malaia jedoch organisiert seinen bewaffneten Widerstand unter kommunistischer Führung, um sich von dem englischen Joch zu befreien, und wird den Kampf nicht aufgeben, ehe sein Ziel erreicht ist.

„Die Völker der Kolonien“, so sagte Sbdanow, „wollen nicht mehr so weiter leben, wie in der Vergangenheit. Die Versuche der Imperialisten, die nationalen Befreiungsbewegungen mit militärischer Gewalt zu unterdrücken, prähen jetzt an dem wachsenden bewaffneten Widerstand der Kolonialvölker ab.“

Hinter verschlossenen Türen

(EB) Tagungen hinter verschlossenen Türen scheinen in der letzten Zeit Schule zu machen. Während sich die bizonesischen Minister unter hermetischem Abschluß von der Öffentlichkeit auf Herrenchiemsee versammelten, trat am vergangenen Samstag in Vornheim eine Auslese der prominentesten westdeutschen Herren Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister zu einer Tagung der kommunalen Spitzenverbände, Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Landgemeindevorstand und Deutscher Städtebund, zusammen. Nur aus Versehen waren anscheinend zu dieser Tagung Presse und Rundfunk anfänglich zugelassen, denn bereits nach Erledigung einiger weniger Tagesordnungspunkte von nebensächlicher Bedeutung wurde auf dieser demokratischen Tagung Öffentlichkeit und Presse ausgeschlossen. Man zog es vor, die wichtigsten Tagesordnungspunkte, wie die Stellungnahme zur Währungsreform und den damit zusammenhängenden Problemen, zur Personalpolitik u. a. m., in geheimer Sitzung ohne unliebsame Mithörer und Mitwisser zu verhandeln, gleichwie man keine Mitwisser oder besser Mitesser bei dem opulenten Mittagmahl duldet, zu welchem ein ausgewachsener Ochse sein Leben lassen mußte. Leider können wir daher der Öffentlichkeit über den genauen Speisezettelnichts berichten, außer vielleicht, daß man schon in aller Frühe mit einer Tasse Fleischbrühe samt einem ganzen Ei begann. Die gesamten Kosten trug die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände, welche danach zu schließen trotz Währungsreform noch weitaus besser bei Kasse sein muß als die einzelnen Gemeinden und Städte, deren Vermögen durch die Währungsreform vollständig entwertet und vernichtet wurde. Aber vielleicht haben die Herren — auch darüber können wir infolge des demokratisch gehandhabten Ausschlusses nichts berichten — auf ihrer bedeutsamen Tagung das Rezept gefunden, ihre Kassen zu füllen, um ihren dringlichsten Verpflichtungen und Aufgaben nachzukommen. Hoffentlich geschieht dies nicht auf Kosten der armen Steuerzahler.

Was ist mit der Fürsorgeunterstützung?

Fällig ab 15. Juli / Abzüge trotz Preissteigerung

(EB) Die Fürsorgeempfänger von Mannheim, die dieser Tage ihre Unterstützung abgeholt haben, erleben eine schwere Enttäuschung. Es war das erste Geld nach der Währungsreform und es gab große Abzüge. Am 7. August hat der Wohlfahrtsdezernent dem Stadtrat mitgeteilt, daß nach den neuen Richtlinien das Kopfgeld nur bis 15. Juli angerechnet und ab 15. Juli wieder Unterstützung ausbezahlt wird. Aber trotz diesen klaren Ausführungen im Stadtrat, über die wir als einzige Mannheimer Zeitung berichtet haben, wurde die Fürsorgeunterstützung neuerdings nur für den Monat August ausbezahlt.

Wie wir erfahren, hat erst vor wenigen Tagen der Wohlfahrtsausschuß getagt und einen entsprechenden Entschluß gefaßt.

Danach werden alle Unterstützten die Zeit vom 15. Juli bis 1. August nachbezahlt erhalten.

Die Richtlinien, nach denen die Fürsorgesätze bemessen werden, besagen folgendes:

1. Fürsorgeempfänger dürfen im Besitze eines Notgrochens von DM 250,—

für Erwachsene und DM 125,— für Kinder sein. Die Gesamtsumme für eine Familie darf DM 500,— nicht übersteigen. Das bedeutet, daß wer nach der Währungsreform ein Sparkonto in obiger Höhe hat, dieses nicht auf die Unterstützung angerechnet bekommt.

2. Die Richtsätze betragen DM 30,— für Erwachsene, DM 25,— für Kinder über 15 Jahre und DM 15,— für Kinder unter 15 Jahre. Miete wird in voller Höhe bis zu DM 50,— bezahlt. Uebersteigt die Miete diesen Betrag, dann muß ein Antrag an den Wohlfahrtsausschuß auf Uebernahme der höheren Miete durch die Fürsorge gestellt werden.

Sehr schmerzlich hat bei den Fürsorgeempfängern gewirkt, daß die bisherigen Zulagen, die seit dem letzten Winter gewährt wurden und als Teuerungszulagen bezeichnet waren, nun plötzlich nach der Währungsreform in Wegfall gekommen sind. Ausgerechnet in einer Zeit, in der alle Preise gestiegen sind und die Lebenshaltung sich ungemein verteuert hat. Es muß erwartet werden, daß die Abzüge schnellstens wieder rückgängig gemacht werden.

Das einseitige „Preispendel“

Als nach der Währungsreform alle Dämme vor der riesig anschwellenden Preishochflut eingerissen wurden, haben die Wirtschaftssachverständigen „alle Bedenken und Befürchtungen mit dem Hinweis auf die bewährten Gesetze der freien Wirtschaft“ beschwichtigt. Da schrieb einer z. B. „Einmal hat es in der Wirtschaft immer ein Auf und Ab im Spiel von Angebot und Nachfrage gegeben. Man tut gut daran, in solchen Zeiten abzuwarten, bis sich das Pendel wieder eingependelt hat.“ Das ist wahrlich ein menschenfreundlicher, christlicher Rat für die Armen, die mit leerem Geldbeutel und knurrendem Magen dieses merkwürdige Pendel beobachten. Das Pendel hat nämlich die Eigenart, nur nach der einen Seite auszuschlagen, nach der Seite der unaufhaltsamen Preissteigerung hin. Würde das Pendel nach dem Gesetz normaler Pendel gleich weit auch nach der andern Seite ausschlagen, dann müßte der Preissteigerung beim Ausschlag nach rechts eine entsprechende Lohnerhöhung beim gleichweiten Ausschlag nach links folgen. Aber da gelten die wirtschaftlichen Pendelgesetze plötzlich nicht mehr und die klugen, kapitalistischen Wirtschaftssachverständigen sagen — „Ja, Arbeiter, das ist ganz was anderes.“ Argus

Skandal um das Mannheimer Operettentheater

Aufsehenerregende Enthüllungen über Währungsreformoperationen
Schauspieler wehren sich von der Bühne herab

(EB) Am kommenden Sonntag wird die Mannheimer Bevölkerung Gelegenheit haben, der Uraufführung eines „Zeitstücks“ besonderer Art beizuwohnen. Von der Bühne des Volkshauses Neckarau herab wird ein Ensemble aus entlassenen Künstlern des Mannheimer Operettentheaters im Rahmen einer Revue „Hallo, Hallo!“ Stellung zu den Begleitumständen ihrer Entlassung nehmen und dabei Vorgänge aufdecken, die nach ihrer Meinung zumindest als skandalös bezeichnet werden müssen.

Schon seit einiger Zeit kursierten in der Bevölkerung bruchstückhafte

Schilderungen über das Verhalten der Leitung des Mannheimer Operettentheaters, welche darauf schließen ließen, daß Herr Tolksdorf aus seiner Vergangenheit als Maurer nur sehr wenig Elemente sozialen Verhaltens in seine Gegenwart als Opernsänger und Theaterdirektor mitbrachte. Anlässlich der Währungsreform entdeckte er schließlich, daß er nicht nur auf künstlerischem Gebiet Talente besaß. Er erwies sich auch als ein mit allen Wassern gewaschener Unternehmer und kapitalistischer Finanzgenie, dessen Finanztricks ihn eigentlich für eine Berufung in den Wirtschaftsrat prädestinieren.

einen Streich 80 Prozent seines Personals, beglückte es mit DM 5,— und einer Fahrkarte und ging zu anderen Operationen über. Volle zehn Tage nach der sich am 23. bis 25. Juni abspielenden Massenentlassung kassierte er zunächst einmal bei der Südwesbank, Depositenkasse Neckarau, je DM 60,— pro Kopf seines bereits entlassenen Personals und stellte sich damit zunächst einmal wieder soweit auf die Beine, um sich auch weiterhin seine gewohnte tägliche Flasche Kognak und zwei Packungen „Ami“ zu gönnen, deren er zu seiner künstlerischen und geschäftlichen Inspiration bedurfte. Im „Mannheimer Morgen“ kündete er dann zufrieden an, daß er die Währungsreform gut überstanden habe.

Geringe Lohnerhöhung in der Mühlenindustrie!

Löhne bleiben weit hinter den Preisen zurück / Mühlenbesitzer lehnen jedes Mitbestimmungsrecht ab

(EB) Nach monatelangen Verhandlungen ist jetzt eine neue Vereinbarung über die Löhne der Arbeiter in der Mühlenindustrie für Mannheim-Heidelberg zustande gekommen, für welche die Zustimmung des Arbeitsministeriums noch eingeholt werden muß. Die bisherigen Stundenlöhne von —,97,—, —,95,—, —,92,— und für Frauen von —,65 DM werden nach der neuen Vereinbarung um ca. 15 Prozent erhöht. Die Erhöhung der Löhne beträgt jedoch in Wirklichkeit viel weniger, weil es jetzt den Mühlenbesitzern freigestellt ist, verschiedene bisher gewährten Zulagen weiter zu bezahlen. Bei der unsozialen Einstellung der Großmühlen ist damit zu rechnen, daß versucht wird, diese Zulagen ganz zu streichen. Dadurch käme eine Erhöhung der Löhne um allerhöchstens 5 bis 8 Prozent zustande, eine Erhöhung, die angesichts der neueren Entwicklung auf dem Gebiet der Preise als vollständig unzulänglich zu bezeichnen ist.

Die Lohnforderungen wurden von Seiten der Gewerkschaft bereits im Juni eingereicht, aber durch die Arbeitgeber immer wieder verschleppt. Die Mühlenbesitzer erklären, daß sie nicht in der Lage sind höhere Löhne zu zahlen, weil die Mehlpreise seit 1932 nicht gestiegen seien. Die Mühlenbesitzer lehnen es aber gleichzeitig ab, den Betriebsräten und Gewerkschaften Einblick in die Geschäftsführung zu geben, sie lehnen jedes Mitbestimmungsrecht ab.

Es dürfte keine Frage sein, daß die Mühlen sehr wohl in der Lage sind höhere Löhne zu bezahlen. Bezeichnend dafür dürfte z. B. folgende Tatsache sein: Es gibt eine Reihe von Mühlen,

die vollständig ausgebombt sind, die aber trotzdem von der „Verwaltung für Landwirtschaft und Ernährung“ ein sogenanntes Mahlkontingent zugewiesen erhalten. Die ausgebombten Mühlen geben nun ihr Kontingent an andere Firmen zum Mahlen. Sie bezahlen dafür einen Mahlpriß, welcher 60 Prozent der den Mühlen verbleibenden Verdienstspanne beträgt. Es ergibt sich nun, daß die ausgebombten Mühlenbesitzer, trotzdem ihr Betrieb nicht arbeiten kann, recht erhebliche Gewinne einstreichen, ein Vorteil, den nicht jeder Ausgebombte für sich in Anspruch nehmen kann.

Mit einem Personal von insgesamt 120 Personen einschließlich der technischen Kräfte ging das Mannheimer Operettentheater in die Währungsreform. Herr Tolksdorf hatte in „weiser Voraussicht“ die Stadt Essen gewählt, um den gefährlichen Augenblick abzuwarten, weil er schlauberweise annahm, daß dort, im Ruhrgebiet, wo die große Abzafstelle für Rohmaterialien, für Kohle, Stahl und menschliche Arbeitskraft ist, naturgemäß auch die neue D(ollar)-Mark vor allen anderen Plätzen zuerst zu rollen beginnen müsse und sich verhältnismäßig am leichtesten in seinen Kassen auffangen ließe. Doch hier irrte das Finanzgenie Tolksdorf. Sein Gedankengebäude erwies sich als eine Fehlspiegelung. Doch er wußte sich zu helfen. Kurzerhand entließ er auf

Seine Künstler können das allerdings weniger von sich behaupten, und dies ist wohl auch mit einer der Gründe, die es ihm empfehlenswert erscheinen lassen, sich vorläufig nicht in sein behagliches Heim in Neustadt zurückzuziehen, da er ja bei den Bezugsmöglichkeiten, die er als Theaterunternehmer hatte, durch Abzweigung der entsprechenden Materialien aus dem Geschäftsbetrieb recht gut instandzusetzen hatte. Aber jetzt ist Herr Tolksdorf der Mannheimer Boden recht heiß geworden, denn ununterbrochen laufen beim Arbeitsgericht Klagen der Künstler und des übrigen Personals ein, die seit dem Monat Juni keine Gehälter und Gagen mehr bekommen haben. In allen bisherigen Forderungsklagen, welche erst den Anfang einer langen Reihe darstellen, ist Tolksdorf 100prozentig kostenpflichtig verurteilt worden. Rund 130 000,— DM sind es, die er insgesamt aufbringen muß, und es ist äußerst fraglich, ob er einen solchen Betrag aus den Aufführungen, welche er gegenwärtig in Essen mit zu niedrigen Gagen neuengiertem Personal, das zum großen Teil aus Anfängern zusammengesetzt ist, herausholen kann.

Um das Recht der Selbstverwaltung

Kundgebung des Mannheimer Handwerks

In einer gut besuchten Kundgebung der Mannheimer Handwerker sprach der Präsident der Handwerkerkammer zu den aktuellen Problemen der Handwerkerschaft. Der Redner forderte rationale Betriebsführung und die Zahlung von angemessenen Preisen für die ausgeführten Arbeiten. Keinesfalls soll zu Preisen gearbeitet werden, die nicht einen gewissen Mindestverdienst garantieren. Der Redner bestätigte, ohne dies indessen offen auszusprechen, daß auch das Handwerk unter dem Preisdruck der großkapitalistischen Preise zu leiden hat, indem er darauf hinwies, daß die Roh- und Hilfsstoffe und die Maschinen für den Handwerker stark verteuert worden sind. Bei den Währungsreform seien die Handwerksbetriebe gegenüber der Industrie und dem Handel stark benachteiligt worden. Im Hinblick auf gewisse Bestrebungen der Militärregierung erklärte der Redner unter dem Beifall der Anwesenden, daß das Handwerk freiwillig nie auf das Recht der Selbstverwaltung verzichten wolle. „Dem Willen des Handwerks steht der Wille der Militärregierung gegenüber.“ Das Handwerk habe seine Selbstverwaltung bereits im Kaiserreich erkämpft. „Ist es ein Verbrechen, wenn man den jetzigen Machthabern ein Nein entgegengesetzt?“ Gegenüber dem Herrn Landwirt-

schaftsminister Stöbß formulierte der Referent die Forderungen der Metzger, die auch die Forderungen der Verbraucher sind, nämlich die Stadt Mannheim auch mit Frischfleisch und nicht nur mit Büchsenfleisch zu beliefern. Hoffentlich wird diese Forderung, die auch wir schon in unserer Zeitung erhoben haben, endlich einmal von Minister Stöbß durchgeführt.

Ein Wort der Kritik sei uns erlaubt. Nicht gerade angebracht hielten wir gewisse Ausführungen des Referenten, die stark an die Terminologie des Dritten Reiches erinnerten. Wir wollen nicht hoffen, daß die wiederholten Auslassungen gegen „Miesmacher und Meckerer“ die Unterbindung einer sachlichen Kritik innerhalb der Handwerkerschaft bezwecken sollen. Auch Losungen wie „Treue um Treue“ sollte man lieber weglassen.

Namens der anwesenden Prominenten aus der städtischen und staatlichen Verwaltung sprachen der Mannheimer Oberbürgermeister, ein Vertreter des Wirtschaftsministers und ein Mitglied des Wirtschaftsrates. Hier vermißten wir die Vertreter der Gewerkschaften, die doch als die Interessensvertretung der Gesellen und Lehrlinge immerhin auch zu den brennenden Fragen im Handwerk Wesentliches zu sagen haben.

Es gab Stimmen genug, welche Tolksdorf seinerzeit warnen sich in Unternehmungen einzulassen, die ihm eines schönen Tages über den Kopf hinaus wachsen könnten. Nun ist der Tag eingetreten und er hat die Probe nicht bestanden. An der gegenwärtigen Wirtschaftslage, an der Währungsreform, um deren Folgen schon die großen, geschweige denn die kleinen Theater wohl kaum ohne schwerste Opfer herumkommen werden, ist Tolksdorf natürlich nicht schuld. Aber sein Verhalten seinen Künstlern und dem übrigen Personal gegenüber ist wohl ein Musterbeispiel der rücksichtslosen Anwendung unsozialer und egoistischer Unternehmerrmaximen, zu welchem wohl auch die Genossenschaft deutscher Bühnenkünstler noch ihr entscheidendes Wort sprechen wird. Die entlassenen und betrogenen Schauspieler selbst werden dies mit den ihnen eigenen Mitteln, d. h. von der Bühne herab, tun und wir und die Mannheimer Bevölkerung, die mit ihnen fühlen, sind gespannt, wie sie sich dieser Aufgabe entledigen werden.

Willy Grimm, Hans Steiner
Ludw. Kober, Anette Langendorf
und Peter Eimuth.

sprechen am 27. August, 18 Uhr,
in den Motorenwerken auf der

Funktionärkonferenz

über
Preiswucher, Entlassungen und
unsere Stadtratspolitik.
Kreisvorstand Mannheim
KPD

Für die Frau

Käuferstreik oder Preiskontrolle

Eine Erklärung des Frauensekretariats der KPD

Der Parteivorstand der KPD hat erklärt: „Die bizonale Wirtschaftspolitik, insbesondere die Aufhebung der Bewirtschaftung und des Preisstopps, die vom Wirtschaftsrat beschlossen wurden, sind die Ursachen des Preiswuchers. Was die KPD voraussagte, ist eingetreten. Die Löhne und die kleinen Gehälter sind dadurch auf ein Minimum gesenkt worden, daß die Preise bewußt und mit Absicht in die Höhe getrieben werden.

Das weitere Steigen der Lebenshaltungskosten und das wachsende Mißverhältnis zwischen Einkommen und Preisen hat dazu geführt, daß in zahlreichen Städten es bereits zu Aktionen der Käufer gegen den unaufhörlichen Preiswucher gekommen ist.

Mit Unterstützung der Herren Dr. Erhard und Dr. Schlange-Schöningen, die durch ihre Politik den Preiswucher herbeigeführt haben, versucht man jetzt, die Erbitterung des werktätigen Volkes gegen den Einzelhandel und den einfachen Geschäftsmann abzulenken und Käuferstreiks zu organisieren. Wir erklären dagegen: die wahren Schuldigen sind nicht die Bauern, sondern die großen Warenhändler, Großschleiber, Großgrundbesitzer, Großunternehmer.

Wir unterstützen als erste Maßnahmen die Forderungen der Gewerkschaften auf

Was kostet eine Frau?

(DFP) Berlin. Aus Tokio kommt die Meldung, daß die japanischen Bauern entgegen dem seit der Besetzung Japans bestehenden Verbot wieder dem alten Brauch folgen und ihre Töchter verkaufen. 10 000 Yen werden, wie es heißt, für ein Mädchen gefordert, das sind rund 35 Dollar — ein gutes Geschäft für die Besitzer der weitbekannten Teehäuser, in denen die Mädchen dann oft jahrelang „dienen“!

Diese Nachricht erinnert an eine vor einigen Jahrzehnten veröffentlichte „Preisliste“, in der angegeben war, welcher Preis in verschiedenen, selbstverständlich außereuropäischen Ländern für eine „standesgemäße“ Frau gezahlt werden mußte. Da kostete in Uganda eine Frau nicht weniger als vier Stiere, eine Schachtel Patronen und sechs Nähmaschinen. Die kalifornischen Karoks verlangten für eine Tochter eine halbe Schnur Muschelgeld, und wenn sie besonders hübsch und geschickt in der Zubereitung von Eichelbrot war, dann zahlte man bis zu einer ganzen Schnur. Für eine Navaja in New Mexiko mußten schon zwölf Pferde in Zahlung gegeben werden, und eine Kafferschöne war entsprechend der gesellschaftlichen Stellung ihrer Familie zwei bis zehn Kühe wert. Wenn in der Tatarei die Frau mit Butter aufgewogen wurde, so zog der samojedische Schwiegerpapa Rentiere vor, während die indischen Kisans sich mit etwas Reis und einer Rupie begnügten. In Timorland konnte man nur heiraten, wenn man über Elefantenzähne verfügte, wogegen bei den Fignern ein Walfschneid genügt. Bei vielen afrikanischen und asiatischen Volksstämmen war man allerdings schon damals sehr fortschrittlich: das Heiratsgeschäft wurde auf „Abzahlung“ abgewickelt, wobei jedoch der „Verkäufer“ recht vorsichtig war und die Frau erst nach Zahlung des Gesamtbetrages „lieferte“.

Das dichterische Schaffen Susanne Kerckhoffs

(DFP) Unter den wenigen Dichterinnen, die uns heute etwas zu sagen haben, und die auch bereit sind, sich mit Zeit und Politik auseinanderzusetzen und ihre Aussage darüber zu machen, klingt immer wieder ein Name auf: Susanne Kerckhoff!

Dem Alter nach der jungen Generation zugehörend, ist es doch schon eine Reihe von Büchern, die vor uns liegt, denn die Künstlerin pflückte ihre ersten Lorbeeren bereits sehr früh. Sie begann mit einer Reihe von Unterhaltungsromanen, von denen wir hier die „Tochter aus gutem Hause“ (der Roman wurde verfilmt), „Das zaubervolle Jahr“ und die „Goldene Kugel“ anführen wollen. Das „zaubervolle Jahr“ ist eine, wie schon der Titel sagt, bezaubernde Liebesgeschichte, die viel Atmosphäre hat, während „Die goldene Kugel“, wie uns scheinen will, doch ein wenig dem heftigen Tempe-

die Herabsetzung der Preise auf den Stand vom 1. Mai 1948, die sofortige Durchführung der durch die Militärregierung längst genehmigten und von vielen Unternehmern trotzdem bisher verweigerten 15prozentigen Lohnerhöhung, und fordern eine sofortige Erhöhung der Sozialrenten.

Die in den Betrieben und Büros beschäftigten Frauen und Mädchen fordern wir auf, gemeinsam mit den Kollegen die Lohnerhöhungen zu erkämpfen.

Zur Regulierung der Preise aber müssen

Preis-Kontrollausschüsse

erkämpft werden, die sich aus Vertretern der Gewerkschaften, des Klein- und Einzelhandels, der Konsumgenossenschaften, der Bauern und Gewerbe-

Amerikas neuer Haarstil

(DFP) Newyork. Unter dem hypnotischen Einfluß der Schönheitssalons und der Modzeitschriften begannen die Amerikanerinnen das Haar wieder ganz kurz zu tragen. „Eingerollte oder fallende Locken und Mähnen aller Art gehören zur Vergangenheit“, heißt es in einer dieser Modzeitschriften. „Kurz und glänzend ist die neue Tagesparole!“

„Fanny“ erreicht Jesse Owens

Der Sieg der holländischen Frauenstaffel über 4x100 m im Wembley-Stadion in 47,5 Sek. vor Australien in 47,5

treibenden und nicht zuletzt der Frauen zusammensetzen. Diese Preis-Kontrollausschüsse müssen das Recht der Festlegung und dauernden Überprüfung der Preise erhalten. Wir fordern alle Frauen auf, sich für diese Kontrollausschüsse in ihren Gewerkschaften und sonstigen Organisationen einzusetzen. In allen Stadtteilen und auf jedem Dorf müßte in Kundgebungen und Versammlungen zu diesen Fragen Stellung genommen und Maßnahmen beraten werden, die eine rasche und gründliche Durchführung dieser Forderungen garantieren.

Der Großhandel und der überzählige Zwischenhandel verteuern die Ware in unverantwortlicher Weise.

Fordert für die Klein- und Einzelhändler das Recht, ihre Waren statt vom Großhandel direkt vom Erzeuger zu beziehen!

Frauen und Mädchen! Ihr habt unter der Teuerung am meisten zu leiden. Ihr verdient am wenigsten und ihr müßt eure Familien versorgen. Erkennt die ungeheure Macht, die ihr darstellt, wenn ihr gemeinsam mutig handelt! Erzwingt zusammen mit den Männern und aus eigener Kraft eine Verbesserung eurer Lebensverhältnisse!

Das Frauensekretariat der KPD

und Kanada in 47,8 Sek. brachte der Schlußläuferin Fanny Blankers zugleich die vierte Goldmedaille ein. Diese bisher einmalige Leistung ist nur von dem Neger Jesse Owens in Berlin erreicht worden.

Das Leben der Frau

Bernhard Shaw hat einmal gesagt: „Das Leben einer Frau ist von 18 bis 25 der Siebenjährige Krieg zwischen Herz und Verstand, von 25 bis 55 der Dreißigjährige Krieg der Natur mit den Künsten der Toilette und von da an weiter — die hartnäckige Verteidigung einer Festung gegen die sturmlaufende Zeit!“

Die Hausfrauen ergreifen das Wort

Heidelberger Frauen protestieren gegen Preiswucher

In einer überfüllten Kundgebung des Heidelberger Frauenvereins am 20. August prangerte die Leiterin der Versammlung die ungeheuren Preissteigerungen an, die bei verschiedenen Waren 100 Prozent und mehr betragen, wie bei Eier 300—400 Prozent, bei Konserven 150 Prozent und bei Damenstrümpfen sogar 500 Prozent. Empörte Zwischenrufe und Gelächter ertete ein Herr Kraus vom Handel, der behauptete, daß nicht die Gewinnspannen der Unternehmer an der Teuerung Schuld seien und daß von Gewinnen überhaupt nicht die Rede sein könne. Dem Beigeordneten Näher, der die Frauen aufforderte, die teuren Waren einfach nicht zu kaufen, wurde erwidert: „Wir sollen die Waren nicht kaufen, damit sie für euch (das bessere Publikum) besser ausreichen.“ Frau Eisemann fand die Zustimmung der Hausfrauen, als sie darauf hinwies, daß die Wurzel des Übels im Wirtschaftsrat in Frankfurt liege und die Schuld diejenigen träfe, die für die Aufhebung des Preisstopps und der Bewirtschaftung gestimmt haben.

Schließlich regte die Leiterin des Abends, Frau Dr. Krall, die Bildung von Frauendelegationen an, die beim

Wirtschaftsrat in Frankfurt vorstellig werden sollen, sie forderte den besseren Zusammenschluß der Hausfrauen.

Frankfurter Hausfrauen bestürmen den Wirtschaftsrat

Zu lebhaften Protesten gegen die hohen Preise kam es am 20. August in der kleinen Markthalle zu Frankfurt. Die Frauen zogen vor das Gebäude des Wirtschaftsrates. Eine Frauenabordnung wurde bei Dr. Erhard und den Vertretern des Wirtschaftsrates vorstellig und verlangte die Festsetzung von amtlichen Höchstpreisen, die auch für Arbeiter und kleine Angestellte erschwinglich sind. Die Meinung Dr. Erhards, daß durch den Krieg der Lebensstandard gesunken sei und daß nicht alle Teile des Volkes die Waren kaufen könnten, rief Empörung bei den Frauen hervor. Eine Flüchtlingsfrau, Mutter von sieben Kindern, erwiderte: Meine Kinder haben auch Recht zum Leben. Weshalb soll der Mann mit dem niedrigsten Einkommen der alleinige Verlierer des Krieges sein?

Wir begrüßen die Initiative der Hausfrauen und sind überzeugt davon,

Mädchen ohne Gefühl

(DFP- Newyork. Als die anderthalbjährige Beverly Smith aus Akron im Staat Ohio sich am heißen Ofen beide Hände verbrannte, ohne eine Träne zu vergießen, fanden die Eltern das selbst für ein artiges Kind ungewöhnlich und brachten ihre Kleine zur Untersuchung in ein Krankenhaus. Hier wurde festgestellt, daß Beverly völlig unempfindlich war für jedweden Schmerz. Diese Unempfindlichkeit ist eine zwar nur selten, aber doch schon mehrfach festgestellte Krankheit, die auf eine Störung des zentralen Nervensystems zurückgeht. Sie ist unheilbar und führt in allen Fällen früher oder später indirekt zum Tod, weil beim Ausbleiben des Warnungssignals „Schmerz“ eine Krankheit solche Fortschritte machen kann, daß es für jeden ärztlichen Eingriff zu spät wird. Beverly Smith hat somit keine Beschwerden beim Zahnen, aber schon eine Blinddarmentzündung würde ihren Tod bedeuten, da sie keine Schmerzen fühlen würde, bis der Blinddarm platzt und sie zusammenbricht. Bei einem Knochenbruch würde sie das gebrochene Glied bewegen, bis es zur Schienung zu spät wäre. Es ist somit trotz mancher Annehmlichkeiten eine sehr zweifelhafte Wohltat, ohne jegliches Schmerzempfinden geboren worden zu sein.

Du kannst nicht treu sein

Das über zehn Jahre alte Walzerlied „Du kannst nicht treu sein“ steht jetzt an der Spitze der amerikanischen Schlagerliste. Es heißt in der amerikanischen Fassung: You can't be true dear.

Erstklassige Gelegenheit für Heiratslustige

In einer Newyorker Zeitung erschien folgende Anzeige: „Frau zu verkaufen, geschieden, blond, gut aussehend, zwei Kinder. Erstklassige Gelegenheit für Heiratslustige.“

Es schien nur so

(DPD) „Die Käuferstreiks haben sich überall als wirkungslos erwiesen“, schreibt das „Norddeutsche Echo“. „Wo es zu Preisherabsetzungen kam, stiegen die Preise unmittelbar darauf schnell wieder an und liegen zum Teil höher als vorher.“

Ihre Hoffnung bei den Russen

Mrs. Mildred Lassen, die vierunddreißigjährige Frau eines kanadischen Auto-mechanikers, ist auf einer Reise, die sie um die halbe Welt führt und die sie unternommen hat, um ihr Augenlicht zu retten, in New York angekommen. Mrs. Lassen, welche dänische Staatsbürgerin ist, reist in die Sowjetunion, um sich dort durch Dr. V. P. Filatov, der durch seine Operationen Welttriumph erlangt hat, behandeln zu lassen. Sie erklärte, daß ihre einzige Hoffnung auf Heilung nun bei den Russen bleibe. (N. Y. Her. Trib.)

daß, wenn die Frauen in ihren Forderungen nicht nachlassen und immer wieder, gemeinsam mit den Gewerkschaften und Betriebsarbeitern dafür eintreten, die Preise heruntergesetzt und die Löhne den Preisen angeglichen werden.

KPD Uns gehört die Zukunft

Leser sollte für sie vorbei sein. Sie hat uns etwas zu sagen, weil sie eine der Unsrigen ist. Laßt uns hoffen und wünschen, daß sie sich dieser Verpflichtung bewußt ist.

Gertrud Altrichter.



Rosa Luxemburg: Briefe aus dem Gefängnis.
August Bebel: Die Frau und der Sozialismus
Luis Arragon: Die Glocken von Basel
Maxim Gorki: Die Mutter
Frauenromane
Frauenzeitschriften

Volkbuchhandlung und Leihbücherei Mannheim, S 3, 10

Meine Meinung

Notschrei eines Wohlfahrts-empfangers

Ich bin heut' schon alt und grau, aus diesem Staat werd ich nicht schlau. Das Wohlfahrtsamt, sozial gelenkt, hilft, damit man sich bald henkt. Was macht man heut' noch auf der Welt, mit diesem knappen Wohlfahrtsgeld. Ich bin jetzt auch schon alt, mein Körper ist schon halber kalt. Ich bekam von einem 120 Mk. Geschenk, von diesem alten Geld nahm mir das Wohlfahrtsamt 12 DM ferngelenkt. Das Kopfgeld, das ich in der Not bekommen, hat mir das Wohlfahrtsamt bereits sozial genommen? Es wurde allgemein gesprochen von einem Einkommen, dies sei der Grund, daß man es uns genommen. Wir Alten wurden damit schwer betrogen, die Schwerverdiener bekamen es nicht abgezogen. Die Reform, das Währungsgeld, bracht' uns viel Leid in unsere alte Welt. Jetzt bin ich alt, kann nicht mehr laufen, habe kein Geld und kann nichts kaufen. Den Monat Juni erhielt ich in alten Lappen, die Miete für denselben muß ich in neuer Mark berappen. Jetzt steh' ich da ich alter Mann, und seh' mir die gespickten Läden an. Das ist es ja, ihr alten Leut, ihr habt euch allzu früh gefreut. Beim Wohlfahrtsamt stand unverdrossen, wegen Bankrott auf weiteres geschlossen. Des alten, grauen Mannes Lebensnorm, begräbt uns heut' die Geldreform. Drum sag' ich euch ihr Lieben, alten Leut, ihr habt euch schon zu früh gefreut. In Karlsruhe sitzt die Ministerialverwaltung, die geben nichts für Wohlfahrtsunterhaltung. Auch der O.B. muß Staatshaushalten, wer denkt denn heut' noch an die armen Alten. J. R., Mannheim.

Nun müssen auch die Taten folgen

Der Präsident der Handwerkskammer Mannheim, Herr Sieber, hat den Handwerkern in schönen Worten aus der Seele gesprochen. Seine Ausführungen werden von dem fortschrittlichen Handwerk in jeder Beziehung begrüßt und unterstützt. Den schönen Worten müssen nun aber auch die Taten folgen. In der Zeit nach dem Umsturz wurde das Handwerk immer wieder enttäuscht, was das heutige Mißtrauen des erfahrenen Handwerkers rechtfertigt. Herr Präsident S. war schon während der Nazizeit in der Kreishandwerkerschaft tätig und daher ist es verständlich, daß aus diesen Gründen das Handwerk seinen Ausführungen etwas kritisch gegenübersteht. Es liegt jetzt an dem Herrn Präsidenten Sieber, durch die Tat zu beweisen, wie weit er zu einer Zusammenarbeit mit dem fortschrittlichen Handwerk überhaupt bereit ist. Abschließend sei noch vermerkt, daß vor 1933 in Mannheim nur eine Handwerkskammer als Vertretung des gesamten Handwerks bestand. Im Dritten Reich wurde die Handwerkskammer verlegt und die Kreishandwerkerschaft ins Leben gerufen. Nach 1945 bestehen in Mannheim die Handwerkskammer und die Kreishandwerkerschaft als Gesamtvertretung nebeneinander. Die wirtschaftliche Lage zwingt auch das Handwerk zu Sparmaßnahmen. Zur Vereinfachung des Verwaltungsapparates und Einsparung von vermeidbaren Beitragszahlungen von den Innungen an die Kreishandwerkerschaft wäre es angebracht, wenn die zu erfüllenden Aufgaben nicht von der Handwerkskammer zur weiteren Durchführung der Kreishandwerkerschaft übertragen, sondern durch die Handwerkskammer selbst ausgeführt werden. Die Kundgebung im Rosengarten und frühere Versammlungen können als Existenzberechtigung für die Kreishandwerkerschaft nicht angesehen werden, da für diese Aufgaben die Handwerkskammer Mannheim zuständig ist und von dieser auch ohne weiteres durchgeführt werden könnten. Ich hoffe, daß diese Anregungen in den maßgebenden Kreisen die nötige Beachtung finden. T. L.

Mer glawes net

Zu der Geheimtagung der kommunalen Spitzenverbände am vergangenen Wochenende in Viernheim, schreibt uns ein Viernheimer Leser in seiner heimatlichen Mundart: Mer glawes net. War fa uns do ebbes drinn, wurd oft gefragt. Die Spitzeverbände häwe ba uns getagt. Bojemeechter, Landrät, Laura Wäscha, Fa 's leere Strouh zu dresche, warn des gewiß ko Drescha, Werts jetzt in Zukunft besser, froogt. Mann und Fraa un Kind, Steuerquetsch, Schwarzmarkt un Preiserhöhungsschraub, ob alles jetzt verschwind? Mer glawes net! Daß dort des bappeln nutzlos war, is hoffentlich Unsinn, Geld hots gekoscht, drum froog ich ab, war fa uns ebbes d-inn? E-s.

Niedrigste Löhne — lange Arbeitszeit

Zum neuen Landarbeitertarif

Für die Landwirtschaft Württemberg-Badens wurde ab 15. Juli ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen. Die neuen Lohnsätze, die gegenüber den früheren Löhnen eine kleine Verbesserung bedeuten, sind auch jetzt noch sehr gering. Der Spitzenlohn für einen Landarbeiter über 23 Jahre, der noch dazu mindestens über 5 Jahre im Beruf und 5 Jahre im gleichen Betrieb tätig sein muß, beträgt ganze 70 Pfennige. Ein Arbeiter mit nicht fünfjähriger Betriebszugehörigkeit erhält 65 Pfennig, ein Arbeiter über 20 Jahre 55 Pfennig und wenn er 3 Jahre im Beruf tätig ist, 60 Pfennig. Die Löhne für Jugendliche bis zu 20 Jahren schwanken zwischen 35 und 46 Pfennigen, die Löhne der Frauen betragen nur 80 % der Männerlöhne. Aus all diesen Zahlen ist ohne weiteres zu ersehen, daß die Lohnverhältnisse der Landarbeiter und Arbeiterinnen nach wie vor katastrophal sind. Sie stehen in gar keinem Verhältnis zu den Preisen für die Bedarfsgegenstände. Selbst wenn man berücksichtigt, daß die Landarbeiter ihre Lebensmittel teilweise beim Er-

zeuger zum Erzeugerpreis einkaufen können, reichen die Löhne nicht aus, um die notwendigsten Kleider, Schuhe und andere Dinge zu kaufen.

Die Arbeitszeit beträgt jährlich 2800 Stunden, das ergibt eine Tagesarbeitszeit von mehr als 9 Stunden.

Der Verband für Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft macht in einem Rundschreiben darauf aufmerksam, daß diese Löhne nur für die organisierten Landarbeiter gültig seien, für die nichtorganisierten Landarbeiter seien die rechtlichen Löhne sogar geringer geworden, weil durch den neuen Tarif die Richtlinien vom April 1946 aufgehoben worden sind.

Es dürfte bei diesen Verhältnissen niemanden Wunder nehmen, wenn die Landwirtschaft unter chronischem Arbeitermangel zu leiden hat und wenn trotz besserer Ernährungsverhältnisse auf dem Lande die Landflucht nicht aufgehört hat. An den Landarbeitern liegt es, sich durch restlose Organisation in der Gewerkschaft die Vorbedingungen zur Er kämpfung erträglicher Löhne zu schaffen.

Ein lichter Moment

Schlechtes Gewissen in Herrenchiemsee

Nur selten dringt das Licht der Vernunft in die Schlafgemächer des verrückten Ludwig auf Herrenchiemsee. Was sich dort die westlichen Freiheitshelden so an Aengstlichkeiten leisten, läßt Rückschlüsse besonderer Art auf das schlechte Gewissen dieser Biedermänner zu. Sie haben — gelinde gesagt — die Hosen voll! Hören wir, was uns die „Frankfurter Neue Presse“ darüber zu berichten weiß: „Ein Teil der Delegierten machte geltend, daß die mit einer solchen Lösung verbundene Abschreibung sowjetischer Gebiete später dazu führen werde, die für den Verfassungsentwurf verantwortlichen Deutschen als Hochverräter anzuklagen.“

Gewöhnlich widerlegten die Tatsachen bisher noch jede Voraussage der westdeutschen Politiker. Der obige Ausspruch scheint jedoch mit jener berühmten Ausnahme * identisch zu sein, mit der die Regel bestätigt wird.

Es wäre jedoch ein Fehlschluß für die „Deutschen“ (!) auf Herrenchiemsee, wenn sie annehmen würden, man könne dem de-facto-Trizoniesien ein Tarnschildchen umhängen — und damit der Verantwortung vor dem deutschen Volke entsagen. Wie man das „Gebilde“ auch benennen wird: jede Arbeit verdient ihren gerechten Lohn! Auch die Spaltungstätigkeit derer von Herrenchiemsee.

Angst vor der Wahrheit

Feststellungen sowjetischer Journalisten über die Ludwigshafener Explosionskatastrophe

(E.B.) Eine Gruppe sowjetischer Journalisten wollte zu Beginn dieses Monats in Ludwigshafen, um den Ort der Explosionskatastrophe zu besichtigen. Die französischen Militärbehörden unternahmen alles, um ihnen die Wahrheit über die Umstände und Gründe der Explosion zu verheimlichen. So durften sie sich nicht frei in der Stadt bewegen und mit Arbeitern sprechen. Es wurde ihnen keine Gelegenheit gegeben, sich mit den Mitgliedern der zur Untersuchung der Explosionsursachen eingesetzten Landtagskommissionen zu treffen. Trotzdem konnten sie sich wertvolle Nachrichten beschaffen, über welche sie vor in- und ausländischen Pressevertretern berichteten. Die Journalistengruppe faßte das Ergebnis ihrer Beobachtungen in folgenden Punkten zusammen: 1. In den Ludwigshafener Anilinwer-

ken ist statt einer Entmilitarisierung eine Remilitarisierung vorgenommen worden.

- Die von deutscher Seite gemachten Vorschläge, die Werke auf Friedensproduktion umzustellen, wurden nicht befolgt, weil die Amerikaner sich dem widersetzen.
- In den Werken wurde Hydrathydrozin (das ist der zur Herstellung der V 2 notwendige Explosivstoff) fabriziert. Dieser Umstand führte zur Katastrophe.
- Es müßte eine Kommission der vier Besatzungsmächte unter Hinzuziehung deutscher Vertreter eingesetzt werden, in der die Deutschen, als die Nation, die die Opfer zu beklagen hat, bei allen Untersuchungen und Beratungen volle Gleichberechtigung haben müssen.

Wo leben die Neubürger?

In Westdeutschland wird immer wieder behauptet, daß die sowjetische Zone nur verhältnismäßig wenig Neubürger aufgenommen habe und daß die Bizonen hauptsächlich mit ihrer Aufnahme belastet wurde. Nach einer amtlichen Statistik vom 1. Juli 1947 — seither haben sich diese Zahlen nur geringfügig geändert — lebten in der sowjetischen Besatzungszone

britischen	4 333 000	= 40,6 %
amerikanischen	3 320 000	= 31,1 %
französischen	2 957 000	= 27,7 %
Neubürger	60 000	= 0,6 %

der osteuropäischen Staaten enthalten ist und man sagt, daß die USA, Großbritannien und Frankreich ihre Bereitschaft kundtaten, die Tunlichkeit dieser Frage zu diskutieren. „New York Herald Tribune“ v. 18. 8. 1948

Wut gegen die Schweizer Presse

„In rührender Uebereinstimmung mit den Zeitungen der SED haben gerade die Berliner Korrespondenten einiger Schweizer Blätter den „Lärm“ kritisiert, mit dem Einwohner dieser Stadt gegen die Beschneidung ihrer persönlichen Freiheiten protestierten.“ „Tagesspiegel“ vom 18. 8. 1948.

Konferenz der Kommunal-Vertreter

für die Kreise Mannheim, Heidelberg, Bruchsal, Sinsheim, Mosbach und Wertheim findet am Sonntag, den 5. September, morgens 9.30 Uhr in Heidelberg-Neuenheim, Lokal „Schwarzes Schiff“ eine Konferenz aller Kommunal-Vertreter der KPD statt. Landesvorstand der KPD Württemberg-Baden

Unter der Lupe

Preiswucher beim Amtsgericht

Ein junger Mann, einziger Ueberlebender einer Familie, die durch einen Bombenangriff 1943 ums Leben kam, ist das hin- und herwandern und das Suchen nach einer Unterkunft satt. Er möchte heiraten! Dazu braucht er die Volljährigkeitserklärung vom Vormundschaftsrichter. Er geht auf das Amtsgericht in Mannheim (Vormundschaftsrichter), erhält dort einen einfachen, einseitigen Fragebogen mit dem Vermerk, denselben auszufüllen, ihn wieder zurückzubringen, und sage und schreibe DM 30.— dazu. Ist nun der Vater Staat ein Preiswucherer, oder nicht?

Eine junge Frau, sie weiß noch nicht, kommt ihr Mann zurück oder nicht. Jedenfalls ist der Mann seit vielen Jahren vermißt. Sie hat mit ihrem Kind kein Einkommen, könnte aber eine kleine Unterstützung in Form einer Waisenrente erhalten, wenn man genau wüßte, ob der Mann tot ist. Sie ist des langen Wartens müde und versucht, eine Todeserklärung ihres Mannes herbeizuführen. Sie geht auf das Amtsgericht, erhält auch einen Fragebogen mit dem Vermerk, denselben auszufüllen und zurückzubringen und DM 15.— Vorfuß zu zahlen.

Wir fragen, wo soll nun diese Frau, die kein Einkommen und keine Unterstützung hat und seither von den Eltern und Geschwistern mit durchgeschleppt wurde, diese DM 15.— hernehmen?

Er hat es nicht nötig!

Eine Patientin in Mannheim-Waldhof, die ihren vereiterten Finger bei Herrn Dr. Perleberg behandeln lassen wollte, wurde glatt abgewiesen mit der Bemerkung, gehen sie zu einem anderen Arzt. Wir glaubten bisher, daß die Aerzte die Helfer der Menschheit gegen die Krankheiten sind und wir sind der Überzeugung, daß die meisten Aerzte ihren Beruf auch so auffassen. Herr Dr. P. aber scheint nur noch einen Finger rühren zu wollen, wo recht viel dabei herauspringt.



Wieder dienstbereit

Monopolkapital: „Wir haben die IG-Farben-Direktoren freigesprochen, sie stehen wieder ganz zu ihren Diensten.“

Damit wir es nicht vergessen

Aus den Potsdamer Beschlüssen: Ziele der Besetzung Deutschlands sind:

- Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Ueberwachung.
- Das deutsche Volk muß überzeugt werden, daß es eine totale militärische Niederlage erlitten hat und daß es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es selbst dadurch auf sich geladen hat, daß seine eigene mitleidlose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben.
- Die NSDAP mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; alle nationalsozialistischen Aemter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistische und militaristische Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.
- Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten.

Im Dienste des Volkes

In Weinheim hat die kommunistische Stadtratsfraktion zur Sitzung des Stadtraes am 25. August folgende Anträge

1. Maßnahmen gegen Preiswucher

Die kommunistische Fraktion beantragt die Organisation einer Aussprache, zu der die Vertreter der Stadtverwaltung, des Einzelhandels, des Großhandels, der Erzeuger, der Verbraucher (besonders der Hausfrauen), der Absatzgenossenschaft, der Wirtschaftsamter, der Parteien und Gewerkschaften teilnehmen sollen, um Mittel und Wege gegen die überhöhten Preise zu suchen und für die Schaffung der Erleichterungen zu erreichen.

2. Finanzielle Beihilfe zur Kartoffel-einkellerung

Die Stadt soll einen bestimmten Betrag bereitstellen, um den minderbemittelten Familien eine Beihilfe zur Beschaffung der Einkellerungskartoffeln gewähren zu können.

3. Bessere Gasversorgung

Mit Mannheim sollen Verhandlungen zwecks besserer Gasversorgung aufgenommen werden, weil viele Familien kein Brennmaterial mehr besitzen.

4. Ordentliche Verhältnisse auf dem Wochenmarkt

Ordnungsgemäße Einrichtung des Wochenmarktes - Sitzgelegenheiten für die Verkäufer - Wiederaufstellung der früher üblichen Preistafel - keine kleinlichen Schikanen, wie das früher der Fall war. Der Markt soll wieder mit Bäumen bepflanzt werden.

5. Preise auszeichnen

Alle ausgestellten Waren sollen gut sichtbar ausgezeichnet werden.

6. Schaffung von Wohnungen

Ausbau der Dachstühle im Alten Stahlbad.

Heidelberger Gewerkschaftsbund kann nicht garantieren

In einer Heidelberger Betriebsräte-versammlung glaubte der Leiter des Gewerkschaftsbundes die Durchführung einer machtvollen Demonstration gegen den Preiswucher ablehnen zu müssen, weil es bei der Erbitterung der Massen zu unvorhergesehenen Folgen und Ausschreitungen kommen könne. Die Werktätigen sollen, so führte Kollege Engelhard weiter aus, das Tun und Handeln der Parteiführer in den Parlamenten besser beobachten und entsprechende Schlüsse daraus ziehen. Wir können das nur unterstreichen.

Wahrheit und Klarheit durch das „Badische Volksecho“

(Ausschneiden und an die Nordbadische Zeitungsvertriebs-GmbH. Mannheim, S 3, 10, senden.)

Ich bestelle hiermit das „Badische Volksecho“ und bitte um Zustellung durch den örtlichen Aussträger.

Preis monatlich DM —,45 und Zustellgebühr DM —,15

Name

Wohnort

Straße

Unterschrift

Herausgeber: KPD Nordbaden, Mannheim, S 3, 10. Verantwortl. für d. Inhalt: Kurt W. Weber, Mannheim, S 3, 10, Tel.-Nr. 432 60. - Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R 1, 4-6. Vertrieb: Nordbadische Zeitungsvertriebs-G.m.b.H., Mannheim, S 3, 10. Mit Genehmigung der Nachrichtenkontrollabteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 25 000.

Der Kartoffelbonus u. der Spezialist Schlange-Schöningen

„Wenn jemand eine Reise tut, so kann er was erzählen“, hieß es früher. Die Zeiten haben sich geändert, und wenn heute einer unserer hochansehnlichen regierenden Herren eine Reise getan hat - jeder einmal nach USA - und etwas erzählen will, dann beruft er eine neue Pressekonferenz ein. Auch unser bizonaler Ernährungsdiktator Schlange-Schöningen fühlte sich bewegt, nach der Rückkehr von seiner Amerika-Reise sein übervolles Herz, vom Magen gar nicht zu reden, auszuschütten. Er zeigte sich tief beeindruckt von seinen Beobachtungen im Mutterlande der bizonalen Kolonie und will sogar demnächst noch vier „Spezialisten“ zu weiteren Studien nach USA entsenden. Das dürfte aber kaum noch notwendig sein, denn die Entwicklung der Verhältnisse in Bizonen nach der Währungsreform läßt erkennen, daß man auch in unserem Verwaltungsrat die Technik der „freien Wirtschaft“ genau so beherrscht wie in den USA.

Dort ist es bekanntlich Mode, daß das Landwirtschafts-Departement bei einer guten Ernte z. B. an Tabak, Baumwolle, Getreide usw. einen Teil

der Ernte aufkauft und damit dem freien Markt entzieht, damit die Preise in der von der Landwirtschaft gewünschten Höhe gehalten werden. Wenn das Landwirtschafts-Departement dann mit diesem Kartoffel-Vorrat nichts anzufangen weiß, läßt es die Kartoffeln mit Petroleum übergießen oder sonstige verderben und damit ist die „Gefahr“ einer Senkung der Lebensmittelpreise beseitigt.

Unser Ernährungsdirektor wird nun in diesem Jahre auch von einer „Kartoffelschwemme“ heimgesucht, die ihm anscheinend einige Sorgen macht. Der infolge des überreichen Angebots aus dem Inland und Ausland folgerichtige Antrag, die Preisgrenze nach unten fallen zu lassen, wurde niedergestimmt, aber die Aufhebung der Kartoffelbewirtschaftung konnte nicht mehr länger verzögert werden, denn was dem El recht ist, mußte der Kartoffel billiger sein. Aber nicht zu billig, dachte sich Herr Schlange-Schöningen. Damit nun bei dem reichen Angebot der Kartoffelpreis nicht etwa doch - vielleicht am „schwarzen Markt“ ungebührlich gesenkt würde, mußte nach berühmtem Muster aus USA das An-

gebot vermindert werden. Aufkaufen und mit Petroleum begießen, konnte man ja bei uns in Deutschland noch nicht, aber man kann ein Ziel ja auch auf Umwegen erreichen. Also wurde die Anlegung einer Kartoffelreserve „auf Befehl der Militärregierung“ bei den Bauern angeordnet. Als ob die Bauern nicht schon immer aus eigenem Antrieb eingemietet hätten, sofern sie genug geerntet hatten.

Diesmal aber sollen die Bauern die Hälfte des Betrages für die einzumietenden Kartoffeln bereits im Voraus im Herbst ausbezahlt erhalten. Herr Schlange-Schöningen versteht es, sich bei seinem Landvolk beliebt zu machen. Die Auszahlung der restlichen 20,- DM Kopfgeld an die Bedürftigen wird mit allen erdenklichen Manövern zu verzögern versucht, „um die Währung nicht zu gefährden“. Wenn es sich aber darum handelt, den Großagrariern - denn diese wären doch die hauptsächlichsten Nutznießer der behördlich angeordneten bezahlten Hortung - einen „Kartoffelbonus“ von 50 Millionen DM zuzuschützen, dann sind alle währungstechnischen Bedenken plötzlich vergessen. Es lebe der freie Markt - solange die Preise ständig nach oben „pendeln“.

Argus

Worauf es ankommt

Worte sind billig / Neubürger brauchen wirkliche Hilfe

Der SPD-Vorstand von Heidelberg ist in arger Verlegenheit. Er hat anlässlich der Großkundgebung der Heidelberger Notgemeinschaft der Neubürger, Fliegergeschädigten, Kriegsverehrten, Verfolgten des Naziregimes usw. geschwiegen, während die KPD und die übrigen Parteien Begrüßungsschreiben der Notgemeinschaft übermittelten. Es könnte also sehr leicht die Meinung entstehen, daß der SPD-Vorstand an der Notlage der Neubürger usw. desinteressiert ist, und wenn man hört, daß beim letzten Bezirksparteitag der SPD in Heidelberg ein Neubürger am Weiterreden verhindert wurde, dann könnte diese Meinung nur noch gestärkt werden.

In seiner Verlegenheit hat der Vorstand der SPD Heidelberg in der Rhein-Neckar-Zeitung nachträglich eine Erklärung veröffentlicht, in der natürlich der KPD, wir sind das bereits gewöhnt, die Schuld am Elend der Neubürger in die Schuhe geschoben wird. Die SPD habe bei vielen Anlässen ihre Verbundenheit mit den Schicksalen der Vertriebenen bekun-

det. Wir glauben das recht gerne, aber unseres Erachtens ist es den Neubürgern nicht gedient, wenn man von dieser „Verbundenheit“ mit den Schicksalen der Neubürgern nur spricht. Es gilt vielmehr, den Kampf für die Verbesserung der Lage dieser Schichten aktiv zu führen. Die kommunistische Partei ist jederzeit bereit, mit der SPD zusammenzuarbeiten, um diesen Kampf erfolgreich zu führen. Leider aber müssen wir immer wieder die Erfahrung machen, daß SPD-Führer im „erlauchten Kreise“ mit CDU und DVP sich gegen die Interessen des werktätigen Volkes und gegen die Interessen der in der Notgemeinschaft zusammengeschlossenen Volksteile gewendet haben und letzten Endes nur von dem einzigen Interesse besesselt sind; immer und alles den Kommunisten in die Schuhe zu schieben.

Mit Antikommunistenhetze ist es nicht getan. Immer mehr Neubürger erkennen das und wissen, wo ihr Platz ist.

Zwei Drittel der Sparkonten aufgezehrt

Die „Wirtschaftszeitung“ Stuttgart brachte in ihrer Ausgabe vom 13. 8. 48, daß durch die Währungsreform mindestens zwei Drittel der Sparkonten aufgezehrt worden sind. Obwohl einige Sparkassen solche Schätzungen für verfrüht halten, kommt die „Wirtschaftszeitung“ auf Grund einer eingehenden Untersuchung der Zusammensetzung der Sparkonten zu diesem Resultat. So haben beispielsweise nahezu die Hälfte aller Konten bei der Stuttgarter Sparkasse nur einen Einlagebestand unter 500,- RM und 60 %

Ergebnis bekanntgeben. Während in Stuttgart der Zugang an Spareinlagen bisher 2,15 DM pro Kopf der Einwohnerchaft beträgt und in Göppingen 1,90 DM, ist der Zugang in Mannheim so gering, daß die Direktion der Sparkasse Bedenken hat, Zahlen zu nennen.

Pfennig-Ehrung

Das so zeitgemäß erscheinende Gedicht, das wir nachstehend wiedergeben, ist schon viele Jahre alt. Die „Arbeiter-illustrierte-Zeitung“ veröffentlichte es lange vor der Hitler-Diktatur, als die Hamburger Sparkasse ein Denkmal errichten ließ, das „sinnvoll die Lebensnotwendigkeit des Sparens von fröhester Jugend an“ darstellen sollte.

Wie unklug sind die Kinder, die nicht sparen wollen!

Sie prassen Kunstfett, und sie naschen Brot.

Sie nehmen, was sie können, aus dem Vollen -

dann kommt die Armut, und dann kommt die Not.

Siehst du den Arbeitslosen dort, wie er verreckt? -

Das kommt davon, wenn man nichts in die Büchse steckt!

Wie weise sind die Kinder, die den Pfennig ehren,

den deutschen Pfennig und die deutsche Mark!

Zwar müssen sie gar manche Näscherel entbehren,

doch durch Entsagung wird man groß und stark.

Wie lacht der Alte dort im weißen Bart! -

Er ist erst siebzig und hat hundert Mark gespart.

Drum deutsches Kind, sei tapfer, treu und spare,

du machst dich und das Vaterland gesund. Und kommen wieder Kriegsjahre -

du hast gewuchert mit dem anvertrauten Pfund.

Du zahlst die Inflation und die Gewehre, dein Geld gehört der Reichsbank, du dem Feld der Ehre.

Dein Groschen, kleiner Sparer, baut ein großes Haus -

die es bezieh'n, zieh'n dir das letzte Hemde aus!

-Slang-



einen Bestand von 1000,- RM, so daß schon bei einem ganz groben Ueberblick gesagt werden kann, daß in den weitaus meisten Fällen das, was noch nach der Abwertung von 10:1 auf den Konten stehen blieb, durch die Kopffquoten aufgezehrt wurden. Die Währungsreform hat also eine ungeheure Vernichtung der Gelder der unzähligen Kleinsparer mit sich gebracht.

Die Sparkasse Mannheim konnte bei einer Rückfrage noch kein endgültiges

Die Chefredaktion der Verlagsanstalt „Jungen Garde“, Moskau, berichtet, daß die Jugend etwa 7 Millionen Bücher politischen, künstlerischen und wissenschaftlichen Inhalts in diesem Jahre erhält.

Stadtrat von Neckargemünd muß sich revidieren

Die Währungsreform hat, das wollen wir ohne weiteres zugeben, die Gemeinden in eine äußerst schwierige finanzielle Situation gebracht. Daß manche Gemeinden darüber zunächst etwas kopflos wurden, wie sie alle ihre Angestellten und Arbeiter in Zukunft bezahlen sollten, ist auch verständlich. Jedoch unverständlich muß jedem Menschen mit gesundem Menschenverstand die Maßnahme sein, die der Neckargemünder Stadtrat ergriff.

Die kommunistische Stadtratsfraktion hatte sich grundsätzlich dafür eingesetzt, daß bei allen eventuell vorzunehmenden Entlassungen zunächst der Betriebsrat der Stadtverwaltung und darüber hinaus die Gewerkschaft gehört werden sollte. Darum hatten wir auch den Antrag des Betriebsrates unterstützt, daß Vertreter des Betriebsrates Mitglied des hiesigen Personalausschusses sein sollen. Dieser Antrag ist von der Mehrheit des hiesigen Stadtrates abgelehnt worden, wobei es noch zwei SPD-Stadträte fertig brachten, sich dem „Herr-im-Hause-Standpunkt“ der DVP anzuschließen.

Eine Verordnung des Landesdirektoriums des Innern über etwa vorzunehmende Entlassungen hatte nun die Mehrheit des Stadtrates veranlaßt, für alle Angestellten und Arbeiter der Stadtverwaltung eine generelle fürsorgliche Kündigung auszusprechen. Stadtrat Kollmann wandte sich schärfstens gegen diese Absicht. Trotzdem beschloß der hiesige Stadtrat mit 8 zu 5 Stimmen, daß allen Angestellten und Arbeitern fürsorglich gekündigt werden sollte.

Natürlich haben sich die Angestellten und Arbeiter der Stadt Neckargemünd dieses nicht ohne weiteres bieten lassen.

Der Betriebsrat hat sich sofort an die Gewerkschaft gewandt und diese wiederum an Karlsruhe. Der Erfolg war der, daß in der letzten Stadtratssitzung der Gemeinderat sich von der Unmöglichkeit seines Beschlusses überzeugen mußte und diesen wieder aufhob.

Bezeichnend ist, daß auch bei der ersten Beschlußfassung, in der man allen Angestellten und Arbeitern fürsorglich kündigen wollte, wiederum zwei SPD-Stadträte für diese reaktionäre Maßnahme stimmten. Man muß sich wirklich fragen, was diese sogenannten „Arbeitervertreter“ bisher in ihrer Arbeiterpartei überhaupt gelernt haben! Sie segeln kräftig mit im Fahrwasser der Reaktion und unterordnen sich freiwillig dem reaktionären Kapitän von der DVP.

Die Werktätigen von Neckargemünd werden das zur Kenntnis nehmen und hoffentlich nicht so schnell wieder vergessen. Sie werden für die Zukunft wissen, wo die wahren Vertreter aller arbeitenden Menschen zu suchen sind.

Die reaktionäre Politik, die die DVP hier in Neckargemünd immer offensichtlicher treibt, wird all denjenigen zu denken geben müssen, die bei der letzten Gemeinderatswahl mit-halfen, diese Partei zur stärksten Partei in Neckargemünd zu machen.